

**Stadtrat der Stadt
Sangerhausen**

Sangerhausen, 09.03.2015

Niederschrift der 7. Ratssitzung vom 05.03.2015

Ort:	in der Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33	
Tag:	05.03.2015	
Beginn:	16:00 Uhr	
Ende:	20:15 Uhr	
Anwesenheit:	Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann	
	31 Stadträte	
	Herr Udo Lucas	CDU
	Frau Regine Römmisch	CDU
	Herr Volker Schachtel	CDU
	Herr Holger Scholz	CDU
	Herr André Schröder	CDU
	Herr Andreas Skrypek	CDU
	Frau Regina Stahlhacke	CDU
	Herr Reinhard Windolph	CDU
	Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.
	Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
	Herr Harald Koch	DIE LINKE.
	Frau Eva-Maria Kotzur	DIE LINKE.
	Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
	Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
	Herr Günter Prause	DIE LINKE.
	Frau Karoline Spröte	DIE LINKE.
	Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm	B.I.S. / FBM
	Herr Mike Bösel	B.I.S. / FBM
	Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM
	Frau Käthe Milus	B.I.S. / FBM
	Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM
	Herr Jens Warnke	B.I.S. / FBM
	Herr Siegmar Hecker	BOS
	Herr Bert Mrozik	BOS
	Frau Monika Rauhut	BOS
	Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS
	Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN
	Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN
	Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN
	Frau Antje Rödiger	SPD / DIE GRÜNEN
	Herr Harald Oster	FDP

entschuldigt fehlten:	Frau Sabine Künzel Herr Volker Kinne Herr Helmut Schmidt	DIE LINKE BOS BOS
verspätet erschienen:	Herr Udo Schwarz Herr Thomas Klaube	FDP 16.35 Uhr CDU 17:20 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Frau Regina Stahlhacke Frau Antje Rödiger Herr Harald Oster Frau Karoline Spröte	CDU 17:40 Uhr SPD / DIE GRÜNEN 19:40 Uhr FDP 17:40 Uhr DIE LINKE 19:35 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Uwe Görlich Frau Sonja Hund Herr Gerhard Kaczor Herr Timo Kleinert Herr Patrick König Frau Ulrike Lange Herr Eberhard Nothmann Frau Ilona Poschmann Frau Iris Reiche Herr André Reick Herr Maik Reppin Herr André Röthel Herr Lothar Sanftleben Herr Frank Schmiedl Herr Tim Schultze Herr Axel Sell Herr Ringo Siebert Frank Wedekind	17:00 Uhr
Ortsbürgermeister:	Herr Lutz Thiele	OT Wettelrode
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster Herr Torsten Schweiger Herr Udo Michael Frau Katharina Biller Frau Marina Becker Frau Heidi Schöffner Frau Gabi Hochhäuser	Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen Fachbereichsleiter Bürgerservice Leiterin Rechnungsprüfungsamt Referentin Presse- und Öffentlichkeits- arbeit, Städtepartnerschaften Ratsbüro Ratsbüro
Tagungsleitung:	Herr Skrypek	

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der 6. Ratssitzung vom 29.01.2015** (*wird nachgereicht*)
- 4. Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach §§ 41, 47 Abs. 1 u. 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates**
- 5. Bericht des Hauptverwaltungsbeamten** (des Oberbürgermeisters)
- 6. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Hauptverwaltungsbeamten** (des Oberbürgermeisters)
- 7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 7.1 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 der Stadt Sangerhausen
 - 7.2 7. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Jahre 2010 bis 2019
 - 7.3 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 29.295,11 € für die Umlage an den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt bezüglich Haushaltsjahres 2014 (Produkt 11125100, Sachkonto 51510000)
 - 7.4 Mitgliedschaft der Stadt Sangerhausen im Gewerbe-Verein Sangerhausen e.V.
 - 7.5 Schließung des Freibades Kunstteich Wettelrode zum 01.04.2015 - nach Widerspruch des Oberbürgermeisters zum abgelehnten Schließungsbeschluss vom 29.01.2015 (Beschluss Nr. 2-6/15)
- 8. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung**
 - 8.1 Einzelkonzepte lt. Verfügung zum Haushalt 2014 (*Anlage wird nachgereicht*)
- 9. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 9.1 Belastungsvollmacht für den Verkauf des Grundstückes Gemarkung Sangerhausen, Flur 11, Flurstück 413 Wohngebiet "Am Beyernaumburger Weg", B-Plan Nr. 6
 - 9.2 Neuabschluss Gaskonzessionsvertrag für das Gasverteilnetz der Ortschaft Wippra
 - 9.3 Konkretisierung/ Ergänzung Generalmietvertrag Bahnhof
 - 9.4 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz (*ohne Beschlussvorlage*)
- 10. Informationsvorlage in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 10.1 Information zum Verkauf der städtischen Objekte Schloßgasse 1 und 3 Gemarkung Sangerhausen, Flur 14, Flurstücke 44/299 und 44/300
- 11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 7. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister, ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 32 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 8.1 werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 9. - 10.1 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungsanträge zur Tagesordnung

Abstimmung über die Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der 6. Ratssitzung vom 29.01.2015

Die Niederschrift konnte krankheitsbedingt nicht fertig gestellt werden, daher erfolgt keine Abstimmung.

4. Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach §§ 41, 47 Abs. 1 u. 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates

- CDU

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt: Herr Timo Kleinert

Herr Skrypek verpflichtet den anwesenden sachkundigen Einwohner

Verpflichtungstext:

„Ich verpflichte Sie gemäß § 30 (3) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Sie haben Ihre Aufgaben zu erfüllen und sich an die Pflichten laut KVG LSA, §§ 32 und 33, zu halten.

Gemäß § 30 (3) KVG LSA sind die ehrenamtlich Tätigen auf die ihnen nach den §§ 32 und 33 obliegenden Pflichten sowie auf die Regelungen des § 34 hinzuweisen. Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest: Der heute anwesende sachkundige Einwohner ist schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt worden und hat die Kenntnisnahme durch seine Unterschrift bereits dokumentiert. Diese Erklärung liegt vor. Damit ist die Verpflichtung des anwesenden sachkundigen Einwohners gemäß § 30 (3) KVG LSA erfolgt und hiermit dokumentiert.“

5. Bericht des Hauptverwaltungsbeamten (des Oberbürgermeisters)

Der Bericht wurde heute verteilt.

Länderübergreifende Erklärung zum vierspurigen Harzring

Die Mitglieder des Stadtrates haben den Entwurf der Erklärung als Tischvorlage als Anlage zum Bericht erhalten. Sie stimmten der Länderübergreifenden Erklärung zum Ausbau des vierspurigen Harzring **mehrheitlich zu.**

6. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Hauptverwaltungsbeamten (des Oberbürgermeisters)

Wortmeldung der Stadträtin, Frau Liesong, B.I.S./FBM-Fraktion

Frau Liesong hat zwei Fragen. Als erstes wollte sie wissen, ob der Stadtrat irgendetwas unterstützendes tun kann, dass die Schweinezahl in Meuserlengefeld nicht verdoppelt wird. Die zweite Frage bezieht sich auf die Einnahmen, die aus dem Friedwald kommen. Es wäre gut, wenn die Gelder, die durch den Friedwald eingenommen werden, für die Friedhöfe in der Stadt und in den Ortsteilen eingesetzt werden, um dort die Gebühren nicht erhöhen zu müssen und den kulturellen Wert der Friedhöfe erhalten zu können.

Antworten des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann meinte zur ersten Frage, dass man politisch argumentieren kann als Stadtrat; die Verwaltung muss fachlich und juristisch prüfen lassen, was gemacht werden kann, ob Widerspruch gegen die Ersetzung unseres Einvernehmens eingelegt und und ob geklagt werden sollte, das sind die zur Verfügung stehenden Mittel. Der Bescheid ist diese Woche eingegangen, der muss noch ausgewertet werden, er wollte nur aktuell darüber informieren. Wir sind angehalten zu prüfen, was uns der Landkreis mitgeteilt hat.

Die zweite Frage zu den Friedwaldeinnahmen. Es war Ziel, kostendeckend die Einnahmen aus dem Friedwald für die Friedhofsgebühren einzusetzen. Im Moment wird geprüft, ob das so ohne weiteres möglich ist. Derzeit wird die Gebührenkalkulation überarbeitet. Ziel soll es sein, die Einnahmen kostendämpfend für die Friedhöfe einzusetzen. So war die Ansage, als wir die Friedwaldsatzung beschlossen haben.

Wortmeldung des Stadtrates, Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE

Er stellt eine Frage zur Breitbandförderung. Es soll Fördermittel geben, wenn das aber bis in das späte 2. Halbjahr gezogen wird, könnte es sein, dass die Mittel wieder weg sind. Er denkt, dass Sangerhausen nicht die einzige Stadt sei, die da Probleme hat. Könnte man da eine Möglichkeit finden, dass im Vorhinein schon beantragt wird. Er hat Angst, dass kein Geld mehr zur Verfügung steht vom Land bzw. von Europa.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann meinte, dass keine Anträge gestellt werden können, ohne zu wissen, was für eine Grundvoraussetzung vorliegt. Die Stadt muss das Marktversagen abfragen, da gibt es ganz spezielle Begriffe dafür. Nur wenn der Markt es nicht selber regelt, gibt es Fördermittel. Da ist die Stadt dran, das liegt im Interesse der Stadt, das so zu machen.

Seine persönliche Meinung dazu ist, dass es nicht gut ist, dass die Angelegenheit bei kommunaler Ebene landet. Wenn sich das vor 20 Jahren schon so abgezeichnet hätte, dann hätte man vielleicht anders in die

Infrastruktur investiert; dann wären die Stadtwerke vielleicht anders strukturiert worden; jetzt das umzustrukturieren funktioniert nicht.

Es ist ein schweres Thema und er hat die vereinfachte Form vorgelesen. Die Konzepte und die abzuschließenden Verträge sind nur zu verstehen, wenn sie einer gleich erklären kann. Das ist nicht das Kerngeschäft der Stadt. Mit Beratern, die vom Land zur Seite gestellt werden, versucht die Stadt, sich dem Thema zu nähern. Erst wenn die Ergebnisse vorliegen, können die Fördermittelanträge gestellt werden.

16:35 Uhr

Herr Schwarz kommt = 33

Wortmeldung der Stadträtin, Frau Rauhut, B.I.S./FBM-Fraktion

Frau Rauhut meinte, dass in Wippra die Südharz Media existiert, die in Halle und Merseburg mit Breitband versorgt. Könnte man dort nicht auch mal nachfragen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann antwortete, dass die mit einbezogen worden. Sie waren bei einer der letzten Abfragen dabei; hier in der Region sind sie nur kein Netzbetreiber.

Wortmeldung des Stadtrates, Herr Kemesies, Fraktion SPD/DIE GRÜNEN

Herr Kemesies wollte erstens wissen zum Sachsen-Anhalt-Tag, wie versucht wird, in der Verantwortlichkeit unsere Institutionen, d. h. z. B. Gewerbeverein, Bürger etc. zu diesem Sachsen-Anhalt-Tag so mitzunehmen.

Zum Friedwald die zweite Frage, es waren 64 Nutzungsrechte, die verkauft wurden. Wie strukturieren sich die Nutzungsrechte, sind das städtische oder hauptsächlich welche von außerhalb, denn alles was aus der Stadt geht, geht ja aus den Friedhöfen verloren. Er plädiert, dass Erträge daraus zumindest anteilig auch mit in die Friedhöfe einfließen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann hatte zur zweiten Frage bereits kurz darauf geantwortet, dass die Nutzungsrechte überwiegend aus überregionalen Bereichen kommen.

Wir werden schriftlich eine Übersicht übergeben, um sagen zu können, wer kommt aus der Stadt und wieviel wird aus den Friedhöfen entzogen und wieviele kommen aus der darüber hinaus gehenden Region.

Zum Sachsen-Anhalt-Tag haben wir schon diskutiert. Wir sind immer noch gut im Rennen, was die Zeit angeht und die Struktur. Am wichtigsten ist die Vorbereitung der Präsentation in Köthen. Im Festumzug werden wir mitgehen, die Rosenstadt hat den Auftrag, sie wird das auch finanzieren mit dem Landkreis zusammen. Da geht es aber erst einmal darum, die Stadt Sangerhausen zu präsentieren.

Für die strukturelle Arbeit gibt es bereits theoretische Konzepte, dafür wie die Aufgaben zusammengefasst werden sollen und in welchen Arbeitsebenen zusammengearbeitet werden soll. Die Rosenstadt hat den Auftrag übernommen, das nun anzuschieben. Herr Schmidt hat bei er Pressekonferenz gesagt, dass er nun auch die Gremien der Rosenstadt (Beiräte) einbeziehen wird, um das zu besprechen und um dann nach Außen zu gehen, so dass die Ideen zusammengefasst und der Start des Arbeitsteams vorbereitet werden kann. Wichtig ist, dass die Stadt an den harten Faktoren schon arbeitet. Herr Michael z. B. hat schon übernommen das Thema Parkplätze und Verkehrskonzept, auch mit dem Sicherheitskonzept muss sich beschäftigt werden.

Für den Inhalt ist auch das Land erst richtig frei, wenn Köthen vorbei ist. In den nächsten vier Wochen werden sicher die Beiräte der Rosenstadt einberufen werden, die ja auch benannt sind und die dann von da aus mitgestalten können.

Wortmeldung des Stadtrates, Herr von Dehn-Rotfelser, BOS-Fraktion

Herr von Dehn-Rotfelser hat eine Richtigstellung und eine Frage. Zum Sachstand Baugebiet Ost wurde festgestellt, dass die Kostenübernahme für die Erstellung der Abwägungsunterlagen von Seiten des Investors nicht vorliegen würde. Diese Kostenübernahmeerklärung ist Bestandteil des städtebaulichen Vertrages und liegt selbstverständlich vor. Es ist richtig, dass es einen strittigen Punkt gibt, das ist das Parteiengutachten eines Mitbewerbers, der weder am Verfahren Beteiligter noch Betroffener ist, aber auch da sind die meisten Anfragen schon im GMA-Gutachten beantwortet, so dass der Abwägung eigentlich gar nichts im Wege stehen würde. Der Eindruck, der hier entsteht, dass der Investor sein eigenes Bauvorhaben verzögert, ist mit Sicherheit nicht richtig.

Eine konkrete Frage noch zum Sachsen-Anhalt-Tag. Es wurde gesagt, Veranstalter des Sachsen-Anhalt-Tages ist das Land Sachsen-Anhalt. Dann die Frage, ob das finanzielle Risiko für diesen Sachsen-Anhalt-Tag und das evtl. entstehende Defizit auch das Land Sachsen-Anhalt trägt?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

In der Vorlage steht, dass es ein Gemeinschaftswerk ist zwischen Sachsen-Anhalt und der Stadt. Die Stadt klinkt sich ein als der Durchführende und trägt das Risiko. Alles was passiert trägt natürlich nicht der Dienstleister. Die Stadt muss aufpassen, es steht nur ein gewisses Budget zur Verfügung. Durch den Stadtrat wurde der Stadt ein Budget vorgegeben. Die Rosenstadt hat ein Budget, was sie sonst für Marketing und für Kultur ausgibt, auch das wird schwerpunktmäßig für solche Aufgaben eingesetzt werden. Dann geht es um das Werben von Sponsoren dabei. Es gibt welche, die jedes Jahr dieses Fest unterstützen, es gibt Barleistungen des Landes, aber auch Sachleistungen des Landes. Das alles fließt in einen Finanzplan ein und dieser Finanzplan muss ständig fortgeschrieben werden. Damit muss sich die Stadt regelmäßig beschäftigen, wenn der aufgebaut ist, muss darunter eine schwarze Null stehen. Er will nicht sagen, dass wir Gewinn einfahren, das hat bisher auch noch keine Stadt geschafft. Eingesetzt werden auch Drittmittel, die eingeworben werden. Das Fest findet in der Größe statt, wie es sich die Stadt leisten kann unter Vorgabe des Budgets.

Antwort des Fachbereichsleiters Herrn Schweiger

Zu bestimmten inhaltlichen Aussagen von Gutachten gibt es verschiedene Meinungen. Die Kostenübernahme ist nur für das eigentliche B-Planverfahren bisher vereinbart wurden. Ansonsten wäre das Problem schon erledigt. Er hatte heute Kontakt, um die Sache zu forcieren, damit nicht Gefahr gelaufen wird, dass nicht vor der Sommerpause abschließend behandelt werden kann und es wäre ungünstig weiter hinauszuzögern.

Wortmeldung des Stadtrates, Herr Mrozik, BOS-Fraktion

In der Angelegenheit Breitbandkabel ist da in Erwägung gezogen, dasselbe Prozedere durchzuführen mit dem Netzbetreiber wie es damals in den Ortschaften Großleinungen und drumherum passiert ist, soll evtl. ein joint venture mit dem evtl. Netzbetreibern stattfinden, wo keine Eigenmittel und Kredite gebraucht wurden.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Das wäre eine Möglichkeit. Wir müssen allerdings jetzt erst mal das sogenannte Marktversagen abfragen. Damit erfährt die Stadt erst einmal, wer was vor hat zu machen. Vielleicht kommt ja das Ergebnis raus, dass gar nicht so viel umgerüstet werden muss. Manchmal ist es ja so, dass nur einzelne Schaltschränke aufgebaut werden müssen und ein Knoten neu verlegt werden muss. Am Helmeplatz z. B. konnte man sehen, dass es letztendlich doch verhältnismäßig einfach ging; zumindestens die Grundversorgung hinzukriegen und insofern wird die Stadt auch versuchen, diese Methode zu machen, ob das aber gelingt, wird sich zeigen.

Wortmeldung des Stadtrates, Herrn Jung, Fraktion SPD/DIE GRÜNEN

Herr Jung hatte eine Frage zur Überwachung des fließenden Verkehrs. Als in der MZ darüber berichtet wurde, stand zu lesen, dass eine extra Stelle bei der Stadt dafür geschaffen worden wäre. Ist das richtig und wenn ja, trägt die sich von selbst oder ist es absehbar, dass sie sich von selbst trägt durch Bußgelder u. ä. m.?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann antwortete, dass in die Kalkulation für dieses Projekt die Stelle mit eingeflossen ist. Die Verkehrsüberschreitungen sind in Größenordnungen da und dann müsste sich diese Stelle rechnen. Die Stelle ist derzeit noch nicht besetzt. Die Arbeit wird noch mit Kräften aus den eigenen Reihen gemacht, um Erfahrungen zu sammeln. Nachteil dabei ist, dass wenn jemand im fließenden Verkehr tätig ist, kann er nicht im ruhenden Verkehr tätig sein. Dort gehen uns dann vielleicht Ordnungswidrigkeiten durch und wenn diese durch die Kontrolle durchgehen, dann zieht Unordnung ein in die Stadt, in den ruhenden Verkehr. Für den Anfang hat man das noch für eine machbare Variante gehalten, aber wenn es richtig anläuft mit der Überwachung, muss die Stelle besetzt sein. Der Vertrag läuft erst mal über zwei Jahre, dann wird sich zeigen, ob sich die Prognosen bestätigt haben oder nicht. Das Ziel ist vor allem, die Verkehrsberuhigung zu erreichen.

Wortmeldung des Stadtrates, Herrn Mrozik, BOS-Fraktion

Herr Mrozik fragte, ob es nicht Ansinnen des Stadtrates war, die Verkehrsberuhigung in der Innenstadt damit zu fördern. Wenn man jetzt die Straßen sieht, in denen geblitzt wird, sind die nicht unbedingt in der Innenstadt. Ist da nur Geldmacherei angedacht oder wird auch in der Innenstadt kontrolliert?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann antwortete, dass die Stadt 16 verschiedene Messplätze hat und in der Übersicht sind lediglich sechs davon dargestellt.

7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

7.1 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 der Stadt Sangerhausen

Herr Schuster gab Erläuterungen zu Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 und zur Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2019.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmt der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen zu.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Schul- und Sozialausschuss, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 1 Ja-Stimme und 1 Nein-Stimme ab.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 2 Ja-Stimmen zu

Die Räte von 5 Ortschaften stimmten der Beschlussvorlage zu,
 5 Ortschaften lehnten ab,
 1 Ortschaft enthielt sich und
 3 Ortschaften nahmen keine Abstimmung vor.

EINWOHNERFRAGESTUNDE fand nicht statt, da keine Bürgerinnen und Bürger anwesend waren.

Herr Kotzur bedankte sich bei der Kämmerei für die umfassende Arbeit und auch für das Mitnehmen der Stadträte für die vielen Diskussionen und Erläuterungen, wenn es darauf ankam auch die kleinste Position. All das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Stadt in einem schwierigen Umfeld bewegt. Man sieht am Haushalt, die kommunale Ebene, dazu gehören die Städte und Gemeinden, dazu gehören die Landkreise, die sind permanent unterfinanziert. Auch in Sangerhausen, das wird mit dem vorliegenden Haushalt wieder deutlich, ca. 1,4 Mio. € minus, auch mit der Erhöhung der Gewerbesteuer und vorgesehenen erhöhten Gewinnentnahmen aus den Gesellschaften, ist ein Ausgleich nicht zu erreichen. Und an dieser Stelle muss man erinnern, und das wird ja auch in den nächsten Monaten noch bewegen, mehrere Nachfragen, wie weit die Verhandlungen der Kindertagesstätten der einzelnen Betreiber mit dem Landkreis sind, führten noch zu keinen wirklichen Aussagen. Im Moment ist im Haushalt nicht zu sehen, welche Auswirkungen werden diese Verhandlungen und das Ergebnis dieser

Verhandlungen haben, sprich man wird sich in der nächsten Zeit mit der Kindertagesstättengebührensatzung befassen müssen und damals haben die Stadträte gesagt, o. k. wir beißen in den sauren Apfel und stimmen einer Erhöhung der Gewerbesteuer zu, wenn damit auch erreicht wird, dass die Kita-Beiträge für die Eltern nicht steigen. An der Stelle soll das bekräftigt werden, denn es ist ein wichtiges Thema. Auch diverse Konsolidierungsmaßnahmen tragen nicht alle dazu bei, einen Haushalt auszugleichen. Das ist auch nachvollziehbar, wenn Herr Schuster wie eben gesagt, 1 Mio. € weniger Schlüsselzuweisungen, da kann die Stadt sparen und machen, diese Millionen weniger an Schlüsselzuweisungen führen dazu, dass das ganze Sparprogramm keine Effekte zeigt. Selbst leichte Einnahmen, so wie in der Erläuterung zum Haushalt dargestellt, selbst leichte erhöhte Einnahmen beim Anteil der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer führen nicht wirklich zu einer positiven Trendwende. Die Finanzierung von übertragenen Aufgaben ist nicht wirklich ausreichend gesichert, was man nicht zuletzt an der Position Schlüsselzuweisungen sehen kann. Die berühmte Vergeblichkeitsfalle hat die Stadt voll im Griff. 28 Mio. € Kassenkreditrahmen hat man gedacht, man kann mal wieder ein bisschen nach unten gehen, aber die Steigerung auf 28 Mio. zeugt nicht wirklich davon, dass Konsolidierungsmaßnahmen, so klein sie auch sind, wirklich zu einem Effekt führen. Dann kommt das Land um die Ecke mit dem FAG, was seinen Namen nicht wirklich verdient, die Kommunalen Spitzenverbände wollten und haben vor entsprechende Vorschläge zu machen, wollten eigentlich etwas anderes machen, der Landtag hat nicht wirklich darauf reagiert und dann gibt es das FAG so wie es jetzt ist. Dann gibt es noch Runderlasse vom Finanzministerium, wird auch immer sehr gern eingeführt. Ein Runderlass ist kein Gesetz, das ist eine Verwaltungsmaßnahme eines Ministeriums, aber für die Verwaltung so dargestellt, als wenn sie bindend ist. Da wird gesagt, macht Eure Hausaufgaben, dann wird geholfen. Mit den Hausaufgaben ist in diesem Fall gemeint: "erhöht Steuern, senkt Standards, streicht freiwillige Aufgaben".

Zum Glück muss man sagen, haben sich die Vereine in den Ortschaften bereit erklärt, die Ortschaftsbäder zur Bewirtschaftung zu übernehmen, Hochachtung davor. Sonst müsste der Rat heute darüber entscheiden, die Ortschaftsbäder zu schließen. Dann gibt es die Diskussion Jugendclub schließen. Jugendarbeit ist aus seiner Sicht nicht eine freiwillige Aufgabe, sondern das ist eher eine pflichtige Aufgabe. Oder die Aufforderung Eigentum zu verkaufen, wenn man denn etwas hat. Erhöhung der Entnahmen aus den Kommunalen Gesellschaften, das ist auch angeführt und das wird unter dem Gesichtspunkt, macht die Hausaufgaben, angeführt. Wenn das alles passiert ist, darf dann die Kommune Anträge stellen auf Bedarfszuweisungen bzw. Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock. An die möglichen Zuweisungen sind dann aber auch wieder Bedingungen geknüpft. Wo ist da noch kommunale Selbstverwaltung? Wo wird über die kommunale Selbstverwaltung die Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar, wo wird bürgerschaftliches Engagement gefördert, wenn man sich in diesem Korsett bewegen muss.

Niemand will Geld mit vollen Händen ausgeben, aber die Luft zum Atmen muss schon bleiben. Wenn man sich das Haushaltskonsolidierungskonzept mit seinen Einzelkonzepten ansieht, die ja heute erst mal nur als Inforvorlage vorliegen, könnte man denken, das sind Beschreibungen aus dem Gruselkabinett. Die daraus entstehenden Einzelvorlagen werden noch sehr viel Kopfzerbrechen bereiten. Wenn man allein an das Einzelkonzept Bauhof denkt, wenn man an das Einzelkonzept Kindertagesstätten denkt u.s.w.. Hier kommt noch einiges auf die Stadträte zu.

Noch ein Wort zu den Gesellschaften. Die Gesellschaften leisten für die Stadt so viel, dass es sich die Stadt nicht leisten kann, auch nur im geringsten, eine Liquiditätsgefährdung herbeizuführen. Stadtwerke sichern vernünftige Energieversorgung und über die Tochter KBS letztendlich auch die Rekonstruktion der Schwimmhalle, was sich die Stadt ohne die Stadtwerke nicht leisten könnte. Oder die Wohnungsgesellschaft, die bezahlbaren Wohnraum neben der Genossenschaft für unsere Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellt und die für uns das Projekt Bahnhof realisiert, die Visitenkarte des Eingangstors in die Stadt.

Er hat große Bauchschmerzen, wenn hier gesagt wird, es werden exorbitant hohe Gewinne aus den Gesellschaften gezogen. Die wirtschaftliche Stabilität ist gefährdet, diese Gesellschaften werden für die Erfüllung von ganz wichtigen Aufgaben für die Stadt gebraucht.

Herr Kemesies meinte, dass der 3. doppische Haushalt zur Beschlussfassung vorliegt. Zuerst ergeht der Dank an die Verwaltung, hier speziell der Kämmerei als Erarbeiter, und die Aussprache von Lob und Anerkennung dafür. Mit viel Papier hat man versucht, den Haushaltsentwurf für alle transparent und verständlich zu gestalten. Nach einer 1. Lesung und einer wieder langen Diskussion und Debatte sollten wir heute hoffentlich zu einer Beschlussfassung des Haushaltes für 2015 einschließlich unseres Konsolidierungskonzeptes kommen. Nach mehreren Änderungen und Überarbeitungen ist doch wieder ein Haushaltsdefizit im Ergebnishaushalt von rund 1,4 Mio. € ausgewiesen; im Finanzplan ist ein Defizit von rund 3,1 Mio. € enthalten. Der vorgesehene Kassenkredit von bis zu 28 Mio. € tut sein übriges dazu und ist erschreckend. Wenn man dem ganzen etwas gutes abringen möchte, liegen wir voll in den Zielen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt mit Kassenkredit, sage und schreibe rund 2.110 €. Die Freiwilligen Leistungen werden immer weiter reduziert, es wird über die Schließung von öffentlichen Einrichtungen gesprochen, weil schlichtweg gesagt, kein Geld mehr dafür da ist. An Ordnung und Sauberkeit in den Ortschaften und in der Stadt wurde und wird gespart. Man muss sich fragen, wie soll das eigentlich weitergehen und wohin soll der Zug noch gehen mit diesem sogenannten Sparen. Die Investitionstätigkeit ist auch mit Blick auf eine Kreisstadt mit rund 3,9 Mio. € nicht befriedigend. Durch Maßnahmen im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet der Stadt sind die Förderungen für dieses Gebiet zur Realisierung von investiven Vorhaben machbar und mildern die angespannte investive Situation etwas ab. Der Spielraum für die anderweitig notwendigen Maßnahmen, die aber aufgrund der geringen finanziellen Mittel nicht realisierbar sind, geht gegen null. Das gesamte Tun und Handeln ist nur noch von besessenen Einsparstreichverhalten geprägt. Hier fehlt es eben wirklich an richtigen Effekten, wodurch Maßnahmen bei den größten Ausgabepositionen Umlagen- bzw. Transferaufwendungen und der Personalkosten entsprechende Einsparungen erzielt werden. Teilerfolge bei der Reduzierung der Personalkosten, hier auch speziell in der Altersteilzeit, sind erkennbar und lobenswert. Bei jährlich sinkenden Einwohnerzahlen muss es auch unbedingtes Ziel bleiben, die Personalausgaben zu reduzieren. Kreisumlage bzw. Transferaufwendungen, Personalkosten und anfallende Zinsen für vorhandene Schulden nehmen in den Ausgabepositionen immerhin fast dreiviertel des gesamten Haushaltsvolumens ein. Damit ist jeglicher Gestaltungsspielraum im Haushalt genommen. Die Festlegungen und Ziele im Konsolidierungskonzept wurden aber eingehalten. Das war ja das Ziel dabei. Gleichwohl bleibt das Konsolidierungskonzept nicht so recht erfolgversprechend. Das dort für 2019 prognostizierte kumulative Defizit ist erschreckend. Wo will man denn noch überall einsparen? So muss man auch die Sinnhaftigkeit einiger Maßnahmen in Zweifel ziehen. Eigentlich ist es ja gar kein Sparen was wir tun; es ist ein Streichen oder ein Wegfall oder ein Nichtdurchführen von Maßnahmen, die eigentlich wichtig und notwendig wären. Das Konsolidierungskonzept enthält immer noch keine nachhaltigen erfolgversprechenden Maßnahmen, die wirkliche Effekte erzielen. Nur durch Gewinnentnahmen bei den Gesellschaften kann und wird nachhaltige Konsolidierung keinen Erfolg haben. Es sollte mit Fingerspitzengefühl angefasst werden, dass diese Gesellschaften in ihrer Existenz nicht gefährdet werden, denn man darf nicht vergessen, dass sie ganz wichtige Gesellschaften für uns sind, deshalb sind sie gegründet. Sie bringen entsprechende Dienstleistungen für unsere Bürger und wenn Gewinnentnahmen machen, sind es Gewinne, die durch unsere Bürger eingezahlt wurden. Etwa ein Drittel der Maßnahmen, die im Konsolidierungskonzept vorgesehen sind, begründen sich allein auf Mehrkosten für unsere Bürger und Unternehmen. Wenn jährlich sinkende Einwohnerzahlen zu verzeichnen sind, müssen immer weniger immer mehr bezahlen, wenn die Kosten nicht gesenkt werden. Wichtiges Ziel muss es sein, die Wirtschaftskraft der Kreisstadt unbedingt zu erhöhen. Nur so kann langfristig und nachhaltig eine spürbare Verbesserung der finanziellen Situation erreicht werden. D. h., es ist unbedingt am IPM und an der Erweiterung der Gewerbegebiete, hier speziell soll auch das Gewerbegebiet "An der Wasserschluft" erwähnt werden, weiter gearbeitet wird, dass dort entsprechende Firmenansiedlungen passieren können. Wir hoffen, dass der Haushalt und das Konsolidierungskonzept heute beschlossen werden. Eine Versagung der Zustimmung würde an der vorhandenen Situation derzeit nichts grundlegendes ändern. Im Gegenteil, die Nichtzustimmung würde uns und die Verwaltung in der Arbeit behindern, Fördermittel und beantragte Liquiditätshilfen würden blockiert werden.

Herr Oster bedankte sich bei der Verwaltung für die Zuarbeit und Überarbeitung, denn es haben sich gegenüber der 1. Lesung einige Änderungen ergeben. Er kann sich den Worten der Vorredner auch von der Darstellung her anschließen. Auf der einen Seite die Suche nach den Möglichkeiten Einnahmen zu generieren und auf der anderen Seite auch das Bemühen des Sparens. Dennoch die Frage, die Fehlbeträge sind um 500.000 € im Jahr 2015 runter gegangen und in den anderen Jahren davor gehen sie um ca. 500.000 € rauf. Ist das eine bestimmte Haushaltsstelle oder ist das eine allgemeine Berechnung? Und die zweite Anmerkung ist, dass die Eigenbetriebe eine sehr wichtige Funktion übernehmen. Dennoch ist er der Auffassung, dass sich auch dort Gedanken gemacht werden sollte, ob es Bereiche gibt, die man effizienter gestalten kann. Das möchte er der Verwaltung als Auftrag mitgeben, welche Möglichkeiten dort bestehen, das effizienter zu gestalten, gibt es ggf. schon Ansätze?

Herr Schuster meinte, dass zu den ändernden Fehlbeträgen sehr ausführlich in den Ausschüssen Stellung genommen wurde. Es gab Korrekturen. In der 1. Lesung wurden die ersten Orientierungszahlen aus dem September zugrunde gelegt. Es musste korrigiert werden durch die Einarbeitung der 2.

Orientierungszahlen. Des Weiteren gab es erhebliche Korrekturen aller Haushaltsstellen durch Veränderungen in den Personalkosten, weil dort Rücklagen Altersteilzeit neu gegengerechnet werden mussten. Änderungen Gemeindeanteil Einkommenssteuer, auch hier wurden die aktuellen Schlüsselzahlen geliefert. Dies führte im Vergleich zur 1. Lesung zu Reduzierungen, die nicht vorhersehbar waren und insofern sind diese Zahlen jetzt aktuell.

Bezüglich der Gewinnentnahme der Gesellschaften wird immer wieder der Hinweis gegeben, dass die Entnahme natürlich mit Augenmaß gemacht wird und immer mit Blick auf die aktuelle Liquidität. Auch die letztendlich hier getroffene Entscheidung, eine Gewinnentnahme von 1 Mio. € vorzunehmen, entspricht einer aktuell vorgelegten Liquiditätsübersicht, insbesondere der Kommunalen Bädergesellschaft auch unter Berücksichtigung der Sanierung der Schwimmhalle.

Wir sind auch permanent dabei uns zu hinterfragen im Rahmen der Verschlinkung der Verwaltung, im Rahmen von Organisationsuntersuchungen, wir sind bemüht Reduzierungen in allen Bereichen vorzunehmen. Allerdings müssen die Aufgaben, für die wir zuständig sind, insbesondere im übertragenen Wirkungskreis, erledigt werden und natürlich in der Pflicht, Personal vorzuhalten.

Herr Poschmann antwortete bezüglich der Frage von Herrn Oster in Bezug auf die Gesellschaften, ob man da noch etwas effektiver machen? Das kann man immer, d. h. es ist ein ständiger Prozess, der in der Anteilsverwaltung auch bekannt ist, also nicht nur verwalten, sondern auch Eingreifen, damit wir transparenter werden und damit Entscheidungen treffen können, insbesondere auch für die Gremien, die das begleiten. Das sind die Aufsichtsräte, die da am nächsten dran sind. Die Diskussion in den Aufsichtsräten, wie kann ich es noch effektiver machen, wie kann ich mehr herausholen, ohne es gleich herausnehmen zu müssen; denn es muss eine Eigenkapitalquote beachtet werden. Zu den Gewinnentnahmen muss noch mal gesagt werden, dass wir es in den letzten Jahren immer so gehandhabt haben, dass man wenn man einen Beschluss zur Gewinnentnahme trifft, diesen erst zum Ende des Jahres trifft. Das belastet zwar die Liquidität, aber dann wissen wir auch, wie das Jahr gelaufen ist. Und wenn dann festgestellt wird, dass mit der geplanten Gewinnentnahme das Unternehmen gefährdet werden würde, dann würde keine Gewinnentnahme gemacht werden.

Insbesondere bei der Bädergesellschaft wird sich das jetzt herauskristallisieren, man muss sehen, wie eine Grundausrüstung an Kapital vorgehalten werden muss. Im Aufsichtsrat wird diskutiert, wieviel Liquidität braucht diese Gesellschaft dauerhaft, um auf alle Eventualitäten reagieren zu können. Diese Grundausrüstung muss gehalten werden.

Bei der SWG ist die Diskussion über die Grundausrüstung des Kapitals als ein Vielfaches der Monatsmiete schon seit Jahren auf dem Plan und sie wissen, dass immer noch eine zu geringe Liquiditätsdecke vorhanden ist. Dem abzuwehren, d. h. dort Kapital anzusparen, damit man reagieren kann, ist das eine Ziel, aber wie Herr Schuster auch formuliert hat, das Beteiligen am Konsolidierungsprozess von Unternehmen, die uns gehören, ist auch opportun, dass man das diskutiert. Das wird intensiv gemacht. In der kommenden Woche gibt es weitere Gespräche in der Verwaltung mit den Unternehmen, da sind die Geschäftsführer natürlich am Tisch.

17:20 Uhr

Herr Klaube kommt = 34

Herr Schröder bedankte sich im Namen der CDU-Stadtratsfraktion ebenfalls bei der Verwaltung, diese Herkulesaufgabe Haushaltsplan, Konsolidierungskonzept auch bewältigt zu haben und auch mit Ratschlägen und Erläuterungen allen Fraktionen im Stadtrat zur Verfügung gestanden zu haben. Gleichzeitig warb er für seine Fraktion, dass dem heutigen Beschlussvorschlag gefolgt wird. Weiterhin bedankte er sich bei allen, die bisher vorn gestanden haben, für die außerordentlich sachlichen Wortmeldungen zu diesem Thema.

Er erklärte, dass auch mit diesem Haushalt nicht genügend Geld vorhanden ist, wünschenswertes umzusetzen, Gestaltungsspielräume einzulösen, Gestaltungsziele umzusetzen. Trotz eines Rekordanteils des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer und Einkommenssteuer, wie jetzt im Haushalt ausgewiesen und trotz einer Darstellung, wenn man der allgemeinen Zuweisungspraxis des Landes auf die Einwohnerzahl umrechnet (pro Kopf) annähernd gleichbleibenden Zuweisungen, hat die Stadt strukturelle Probleme und das schon seit vielen Jahren. Man könnte etwas überspitzt sagen, die Stadt befindet sich seit einigen Jahren im Klammergriff zwischen Kreisumlage und Bevölkerungsschwund und vor allen Dingen, die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in den letzten vier Jahren immerhin über 2.000 Einwohner weniger, die in Sangerhausen leben, stellen uns vor Probleme und deswegen möchte er auch für seine Fraktion werben, dass sie geradezu verpflichtet sind, den Grundsätzen der Konsolidierung weiterhin zu folgen. Mit diesem Haushalt gibt es keine Trendwende, Herr Kotzur hat mit Recht darauf hingewiesen, aber wir sollten handlungsfähig bleiben, so wie Herr Kemesies gesagt hat, insbesondere für die Gestaltungsziele, die wir haben, für die kleinen Spielräume die wir im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung einlösen wollen, für die Entwicklung, die wir innerstädtisch haben, für die Investitionsgeschehen, für die Grundlagen, die wir für unser Wirtschaftswachstum brauchen, denn die Wirtschaftsentwicklung ist das A und O für steigende Einnahmen.

Auch die CDU-Stadtratsfraktion wird in den kommenden Monaten auch bei den einzelnen Konsolidierungskonzepten darauf achten, dass Einnahmeverbesserungen Vorrang haben vor reinen Kürzungsvorschlägen. Dennoch muss man, vielleicht die Nuance zu dem was Herr Kotzur vorgeschlagen hat, bei den kostenrechnenden Einrichtungen bei der Frage, wie gestalten wir Friedhofsgebühren, wie gestalten wir Elternbeiträge bei der Kinderbetreuung, uns zumindest als Stadtrat damit beschäftigen, haben wir zumindestens, wenn wir längere Kalkulationszeiträume übersprungen haben, die normale Kostenfortschreibung im Bereich von Sach- und Personalkosten, die wir auf Beiträge und Gebühren umlegen sollten oder wollen wir das im Interesse des Bürgers oder politischen Ziels als Stadt subventionieren. Das ist eine ganz normale Handlungsoption, die wir uns auf jeden Fall auch anschauen müssen. Detailfragen, wie ist das mit der Effektivität der Waldbewirtschaftung, kann man beim Bauhof etwas machen, erreicht man mit der Komplettumstellung auf LED-Technik in Verwaltung einschl. der Ortsteile noch etwas mehr. All diese Fragen werden uns auf jeden Fall die nächsten Wochen und Monate weiter beschäftigen. Heute soll über diesen Haushalt abgestimmt werden, wir wollen handlungsfähig bleiben, daher mein Werben hier für die Zustimmung. Würden wir als Stadt keinen Haushalt haben, wäre kein Gesetz anders, würden wir keinen Haushalt haben als Stadt, würde sich auch keine neue Schatulle öffnen. Haben wir aber keinen Haushalt ist das Gegenteil der Fall, dann werden wir die geringen Handlungsspielräume, die wir haben, aufs Spiel setzen und im Wege der vorläufigen Haushaltsführung Probleme bekommen auch für die Ziele, für die Fördermittel, die wir gewinnen wollen und einsetzen wollen.

Deswegen auch mein Plädoyer, bleiben wir handlungsfähig. Wenn wir unsere Hausaufgaben machen, sind wir unsere Probleme nicht los, aber wir können zurecht dann die Hilfe Dritter z. B. des Landes einfordern, uns nicht im Stich zu lassen und deswegen stimmen wir der Beschlussvorlage zu.

Herr Peche sagte, dass schon seit über 10 Jahren über einen Haushalt geredet wird, der kein positives Ergebnis mehr ausweist. Und deswegen ist es erstaunlich, dass das Team um Frau Wunder und Herrn Schuster es immer wieder schaffen, so ein umfangreiches Zahlenwerk vorzulegen. Die gute Zuarbeit, die die Fachbereiche bringen ist ebenfalls erfreulich, die kaum noch in der Lage sind, wenn es z. B. um den

FB von Herrn Michael geht, noch einen Sack Sand für einen Spielplatz zur Verfügung zu stellen, weil in dem Haushalt überhaupt keine Spielräume und Handlungsräume mehr sind. Die sind nicht gegeben und da wird keine Landespolitik gemacht, sondern da kommen Fakten zum Tragen. Es wurde geschafft in den letzten 10 Jahren, aber es wird sich in eine Sackgasse bewegt. Es geht in eine Sackgasse, auch wenn dem Haushalt 2015 und dem Konsolidierungskonzept zugestimmt werden würde. Die Stadt hat Schulden von fast 60 Mio. €; eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2.110,79 €. Das ist gegenüber dem Vorjahr allein wieder eine Steigerung von 3,75 % und das geht jährlich so weiter.

Wo liegen nun die Probleme. Die Stadt hat erhebliche Einnahmeprobleme. Die Kosten für die kommunalen Aufgaben, die Bedarfszuweisungen, der Finanzausgleich durch das Land entsprechen nicht den dafür geleisteten Aufwendungen, die durch die Stadt erbracht werden müssten. Diese Feststellung wurde nicht nur von der Stadtratsfraktion in Sangerhausen getroffen. Von Seiten der Kommunalen Spitzenverbände in Sachsen-Anhalt wurde erhebliche Kritik an dem Finanzausgleichsgesetz geäußert und sogar abgelehnt. Es kann nicht sein, dass Kommunen ihre Hebesätze oder die Abgaben für Kreisumlage erhöhen, um ihre Fehlbeträge aus eigener Kraft abzubauen und diese Mehreinnahmen dann anschließend für das Land bei der Bemessung des FAG gleich wieder abgezogen werden. Auf diese Weise wird die Stadt Sangerhausen zum Ausgleich des Landeshaushaltes herangezogen und um die Früchte der Konsolidierungsbemühungen gebracht. Da fallen die Argumente, die Schlüsselzuweisungen durch das Land fallen geringer aus, da unsere Einwohnerzahl rückläufig ist, bestimmt ins Leere. Zum Vorjahr ist die Einwohnerzahl um 1,1 % zurückgegangen. D. h. bei den Schlüsselzuweisungen müsste die Stadt ca. 110.000 € weniger bekommen, die Stadt hat aber 1 Mio. € weniger bekommen. Dieser Fakt sollte doch dann in der Richtung mitgebracht werden. Wenn man es sich vorstellt gegenüber dem Jahr 2008 hatten wir Schlüsselzuweisungen, die um über 2 Mio. € zurückgehen. Die Zahlung der Kreisumlage sieht die Fraktion anders als die Verwaltung, dass jetzt weniger gezahlt wird. Wenn man sieht, dass die Stadt über 1 Mio. € weniger Allgemeine Zuweisungen bekommt, dann kommt eine Steigerung in der Kreisumlage um 7,9 % zustande und müssen pro Einwohner, wenn man auf die richtige Zahl berechnet, eine Kreisumlage von 428,80 € zahlen. Das sind Zahlen, die einem zu denken geben. Wir denken, wenn wir dem Haushalt zustimmen, dass wir in den nächsten Jahren aus dieser Sackgasse herauskommen, das wird nicht geglaubt. In den letzten Jahren hatten wir nicht immer einen beschlossenen HH, sondern auch die vorläufige Haushaltsführung über Jahre. In dieser Zeit konnte die Stadt genauso weiter die Stadt aufbauen und konnte etwas voranbringen. Es muss ein Zeichen gesetzt werden und deshalb wird die Fraktion BIS dem Haushalt und dem Konsolidierungskonzept in dieser Form nicht zustimmen. Es muss gesehen werden, dass das alles bezogen ist auf die Zulagen, die die Stadt erhält. In den letzten Jahren seit 2006, seit Sangerhausen größer geworden ist, ist die Stadt auch wieder geschmolzen in der Einwohnerzahl. Das hat vielfache Ursache, die liegen nicht nur in den Händen der Stadt sondern das hat weitere politische und demografische Ursachen, die von den Stadträten nicht beeinflusst werden können. Aber was geändert werden könnte, ist einer der größten Posten, die Personalausgaben. Auch hier sollte anders nachgedacht werden und viel intensiver damit gearbeitet werden, dass an der ein oder anderen Stelle gespart werden kann. Es ist nicht zu schaffen, auch wenn wir zusätzlich den Verkehr in Sangerhausen besser unter Kontrolle bringen müssen, mit den vorhandenen Arbeitskräften hinzubekommen. Was muss man zusätzlich einstellen. Es sind weniger Einwohner als 2006. Ein weiterer Punkt, warum die Fraktion nicht zustimmt, ist man muss es auch mal privat sehen, wenn man privat spart, kann man auch nicht nach außerhalb gehen und außerhalb was errichten und bauen. Damals wurde zugestimmt zum Bahnhof. Es sind bestimmt auch alle dafür, dass die Neugestaltung des Bahnhofs kommt in Größenordnung. Das soll ein Aushängeschild für Sangerhausen werden. Aber die Begründung, dass ein Bürgerbüro dort hin soll, damit sich der Standort belebt, sollte man überdenken. Ob der Standort dann für alles andere so günstig ist oder ob nicht etwas anderes mit rein sollte. Das Technische Rathaus ist gekauft, dafür wurde ein Kredit aufgenommen und es sollte möglich sein, bei der kleiner werdenden Einwohnerzahl dieses Bürgerbüro mit in das Technische Rathaus zu nehmen, damit wird gespart, damit wird konsolidiert und dort würde etwas erreicht werden und nicht dort oben auf dem Bahnhof. Dort sollten Private und andere ansässig werden, wie das Konzept jetzt schon zeigt und Herr Schweiger hat ja gesagt, es gibt bedeutend mehr Interessenten als Platz vorhanden ist.

Die Fraktion hofft trotzdem für das Jahr 2015, dass bei allen Einzelmaßnahmen alles was im Interesse der Stadt Sangerhausen liegt, dass sie mitbewegen und sich in Größenordnungen einbringen kann. Man ist gespannt, wie man die Konzepte umsetzen möchte und das nötige Geld aufbringt, um das eine oder andere zu erreichen.

Dem Haushalt aber in der Form wird die Fraktion nicht zustimmen.

Herr Mrozik möchte sich im Wesentlichen den Vorrednern anschließen, aber als Bürgerinitiative Ortsteile Sangerhausen hat man doch eine andere Sichtweise und eigene Anschauung zum Stadthaushalt. Den Stadtratsmitgliedern liegen auf 250 doppelseitig bedruckten Papier ein Zahlenmaterial von Einnahmen und Ausgaben vor, mal betrachtet durch die Brille der Kameralistik und mal durch die der Doppik. Die Transparenz ist erschlagend, was fehlt ist eine unternehmerische Bewertung, die Kommentierung, das Abwägen von Einflussfaktoren. Es fehlt eine Managementbewertung durch die Stadtverwaltung, ihre Sichtweise, ihre Empfehlung. Das erschlagende Zahlenmaterial kann eine Managementempfehlung nicht ersetzen. Von einer qualifizierten Finanzvorlage über den Haushalt 2015 bis 2019 ist die Stadtverwaltung weit entfernt. Die wichtigste Frage ist jedoch, welche Entwicklungsperspektiven werden verfolgt mit diesem Finanzplan für die Stadt Sangerhausen und ihre 14 Ortsteile. Ist das die Perspektive, o.k. wir sparen uns in fünf Jahren in die schwarzen Zahlen hinein, um anschließend mehr Handlungsspielraum gewinnen zu können oder ist das die Perspektive, die Spirale führt uns weiter nach unten, wir bitten die Stadtratsmitglieder um Zustimmung.

Nach Sichtweise der Bürgerinitiative Ortsteile Sangerhausen verfolgt der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung mit dem Finanzplan 2015 und Fortschreibung bis 2019 keine Strategie. Sie sehen das als konzeptlos an. Wie die großen Ausgabenblöcke ernsthaft reduziert werden sollen, wie viel Verwaltungspersonal bei kleiner werdender Bürgerschaft zwingend vorzuhalten ist, wie viel für freiwillige Aufgaben geplant wird, wie mit heiligen Kühen, wie mit Kreisumlage und anderen umzugehen ist. Im vorliegenden Haushaltsentwurf fehlt nach Ansicht der BOS diese strategische Dimension. Das ist ein Finanzhaushalt, mit dem die Stadt Sangerhausen weiter mit dem Rücken an der Wand steht, Veränderungen nicht in Sicht sind, da der Finanzhaushalt prognostiziert, die Schere wird weiter auseinander gehen. Der Verlust an strategischer Sicht wird ergänzt durch den Verlust an Führung. Wer führt eigentlich inhaltlich den Finanzhaushalt. Von einer kommunalen Selbstverwaltung sind wir weit entfernt, denn Stadtrat und Stadtverwaltung werden durch die Kommunalaufsichtsbehörde geführt. Das ist der stille Treiber des Finanzhaushaltes, denn die Kommunalaufsichtsbehörde schreibt vor, die Realsteuersätze zu erhöhen, die Zweitwohnungssteuer zu erlassen, Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung zu beschließen, u.s.w.. Die Liste lässt sich beliebig ergänzen. Es wird festgestellt, dass die Stadtverwaltung fremdgesteuert wird, hat ihre kommunale Selbständigkeit längst verloren und der Stadtrat ist ohnmächtig instrumentalisiert als demokratisches Anhängsel der Kommunalaufsicht und des Landes. Seit 14 Jahren versucht die Stadtverwaltung und ihr damaliger Kämmerer, unser heutiger Oberbürgermeister, den Verwaltungshaushalt auszugleichen, strukturelle Fehlbeträge abzubauen und den kontinuierlichen Fehlbetrag zu reduzieren. Jährlich wurde beteuert, im nächsten Jahr keinen strukturellen Fehlbetrag entstehen zu lassen. Die Stadtverwaltung ist ein Meister, um Hoffnungen zu verschieben, denn heute steht die Stadt Sangerhausen vor dem größten Schuldenberg, den sie je hatte. Die Prognose bis 2019 lautet: Es wird noch schlimmer, die Spirale führt uns nach unten. In den nächsten Jahren wird wohl die 41 Mio. Marke erreicht und überschritten werden. Der Stadtrat und seine Fraktionen wurde aufgefordert, Vorschläge für den Haushaltsplan 2015 zu machen. Die Bürgerinitiative-Fraktion hat in einem Schreiben an den Kämmerer über 10 Änderungsvorschläge eingebracht. Diese werden wir für die nächste Ratssitzung als Arbeitsaufträge an die Verwaltung in den Rat einbringen. Wir wollen damit auch Zeichen setzen, dass wir bei aller Kritik an der Konzeptlosigkeit des vorliegenden Entwurfes und bei aller Kritik an der Fremdsteuerung durch die Kommunalaufsicht Verantwortung für Sangerhausen und ihre 14 Ortsteile übernehmen. Und weil die Fraktion diese Verantwortung ernst nimmt, macht die Fraktion heute noch einen Vorschlag. Den wachsenden Kosten stehen seit Jahren schwächelnde Einnahmen gegenüber. Hoffnungen über den Einnahmewachstum durch den seit 2007 angekündigten Industriepark hat die Stadt nicht. Es muss einen neuen Denkansatz geben,

um die Einnahmenseite zu verbessern. Hier kann man den Vorrednern in Teilen nicht folgen und daher schlägt sie die Bildung eines Zukunftsfonds vor, ähnlich wie der des Landkreises. Inhaltlich können die Einnahmen aus dem Verkauf von städtischen Eigentum in den Zukunftsfonds einfließen. Darüber muss man diskutieren, ob das die städtische Wohnungsgesellschaft sein kann oder andere, das wird die Frage sein.

Die Fraktion der BOS will Verantwortung übernehmen, weiß aber, dass die Stadt Sangerhausen keine Perspektive hat. Dennoch will sie den vorgelegten Handlungsspielraum wieder erlangen und stimmt dem Haushalt und der Fortschreibung der Konsolidierung zu.

17:40 Uhr

Frau Stahlhacke geht = 33

Herr von Dehn Rofelser möchte im Namen der Fraktion zwei Anträge einbringen vor der heutigen Abstimmung. Schon in der 1. Lesung wurde diskutiert, dass im Stellenplan vier Stellen im Bauhof nicht besetzt sind, die auch immer noch frei sind. Die Fraktion der BOS beantragt, diese Stellen im Bauhof zu streichen, dass sie also nicht wieder zur Verfügung stehen.

Der zweite Antrag lautet, die investiven Haushaltsmittel von 100.000 € für den Bauhof solange mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis das Einzelkonsolidierungskonzept des Bauhofes im Rat beraten und beschlossen worden ist.

Herr Poschmann möchte ein paar politische Bemerkungen anbringen. Er ist Mitglied des Stadtrates, aber die Verwaltung unter Führung des OB hat dieses Konzept vorgelegt, das ist der Haushalt und das Konsolidierungskonzept. D. h., was da drin steht trägt die Unterschrift des Oberbürgermeisters. Es wurden hier sehr unterschiedliche Diskussionen gehört, von Schutz der Eigengesellschaften, der Beteiligungsgesellschaften bis hin zum Verkauf von Grundstücken. Den Verkauf der Gesellschaften wird Herr Poschmann natürlich nicht vorschlagen und er glaubt, mit der Diskussion darüber würde die Stadt ins negative laufen, wer diese Diskussion so anschiebt, wird wahrscheinlich erleben, dass es mit den Gesellschaften eher Schwierigkeiten geben wird, als dass wir sie besser und effektiver gestalten könnten. An dieser Stelle sollte der Punkt gesetzt werden.

Der Haushalt ist kein Haushalt des Oberbürgermeisters oder der Verwaltung, sondern der Haushalt und das Haushaltskonsolidierungskonzept ist ein Produkt für die Stadt, die von zwei Verwaltungsorganen getragen wird. Ein Verwaltungsorgan ist der Stadtrat dabei, er ist kein Parlament, sondern er ist ein Verwaltungsorgan und hat Verantwortung. Gesetze sind nicht zu erlassen, sondern es soll gestaltet werden. Die Gestaltungsspielräume sind sehr eng, aber keines gibt vor, wie gestaltet werden muss. Es gibt Hinweise, es gibt Runderlasse, aber in allen stehen Optionen, d. h. der Rat entscheidet, was gemacht wird. D. h. ob die Steuern erhöht werden, ob Einnahmen erhöht werden in anderer Form, ob Ausgaben gesenkt werden. Insofern kann nur erinnert werden, dass bei Erhalt der Verfügung zum Haushalt die Kommunalaufsicht nicht gesagt hat, ihr müsst die Steuern erhöhen, sondern sie haben den Finger in die Wunde gelegt und haben gesagt, guckt die Durchschnittszahlen an, wo ihr steht. Wir haben selber zu entscheiden, was wir tun. Das macht alles keine Freude, das muss man zugeben, das macht auch in der Verwaltung keine Freude, denn es wird Mangel verwaltet und Mangel verwalten heißt oft nein sagen. Oft nein sagen, wenn der Bürger kommt und sagt, hier ist der Pflegezustand nicht da, hier ist das Laub noch nicht gekehrt u.s.w. Alles das sind natürlich Punkte, die man immer wieder neu bewerten muss.

Zum Bahnhof möchte er nur sagen, dass von Anfang an gesagt wurde, der Bahnhof geht nur, wenn mit öffentlichen Nutzungen hineingegangen wird. Und es gibt eine Warteliste, weil kommunale Nutzungen dort hin gelegt wurden. Sonst würde das nicht funktionieren. Das war von Anfang an so und ist nicht neu erfunden, ohne die kommunalen Nutzungen drin, ohne den Kunden, der dann zu den kommunalen Einrichtungen geht, hätten die anderen Gewerbetreibenden auch nicht das Interesse an dem Objekt Bahnhof. Wenn wir den Bahnhof hängen lassen, wird er nicht funktionieren.

Abbau in der Verwaltung - ja. Es ist eine ständige Aufgabe und in diesem Jahr wurde eine Kollegin verabschiedet, diese Stelle ist nicht wieder besetzt wurden. Diese Schnitte werden immer wieder gemacht und es werden Stellen nicht wieder neu besetzt. Diese vier Stellen im Bauhof haben wir auch nicht neu besetzt. Die Option haben wir uns offen gelassen, er will nur daran erinnern, welche Kritik herangetragen wird, dass Leistungen nicht mehr geschafft werden. Und es sollte geguckt werden, ob wir die Leistungen effektiv nach außen vergeben können, findet man jemanden im Wettbewerb, der diese Leistungen für die Stadt erbringt. Wenn ein Dritter gefunden wird, werden die Stellen nicht wieder besetzt werden, denn das kann man sich nicht leisten. Wenn die Arbeiten nicht effektiv vergeben werden können, wenn kein Wettbewerb erzeugt werden kann, dann macht es wieder Sinn, wieder einzustellen. Deshalb sind die Stellen noch im Stellenplan und würden sie dann streichen. In der Bauhofarbeitsgruppe wurde sogar gesagt, dass die Anzahl der Mitarbeiter nicht gesenkt werden soll. Jetzt wird geschaut, ob das Haushaltskennzahlensystem hier greift.

Was die Sperrung dieser Haushaltsstelle für den Bauhof angeht, hat er keine Bedenken. Da kann darüber diskutiert werden. So eine Sperre kann in den Haushalt eingearbeitet werden. Das würde die Verwaltung auch so übernehmen, so dass über diesen Punkt nicht abgestimmt werden muss.

Zum Schluss bat der Oberbürgermeister auch um Zustimmung zum Haushalt, weil er die Möglichkeiten der Gestaltung am größten sieht, wenn man nicht das ganze Jahr über den Haushaltsplan mit seinen Eckziffern diskutieren muss. Das lähmt die Arbeit in der Verwaltung, nicht nur in der Kämmerei, sondern im gesamten Bereich.

Frau Rauhut wollte wissen, wenn dem Haushalt nicht zugestimmt wird, ob dann die freiwilligen Aufgaben nicht erfüllt werden?

Das bedeutet also wissenschaftliche Rosenforschung, Museen, Rosarium, Freilichtbühne u.s.w. das würde alles wegfallen, das könnten wir alles nicht mehr machen?

Herr Poschmann antwortete, dass es nicht heißt, wenn dem Haushalt nicht zugestimmt wird, dass jetzt die öffentlichen Einrichtungen, die die Stadt hat, schließen. Aber das bedeutet, dass der Mangel den die Stadt hat, viel schlechter verwaltet werden könnte, als mit einem beschlossenen Haushalt. Natürlich langfristig gesehen, wenn nicht gegengesteuert wird, wenn keine Bedarfszuweisungen kommen, bedeutet es, dass der Konsolidierungsdruck steigt. D. h. wir haben jetzt 28 Mio. €, wenn es uns nicht gelingt die Bedarfszuweisungen zu bekommen, stehen wir im nächsten Jahr an gleicher Stelle und sagen, wir brauchen vielleicht 31 Mio. €. Das ist das Problem und deshalb wird für die Zustimmung geworben.

Herr Hüttel stört der absolute Opportunismus, der hier seit 10 Jahren bei den Haushaltsberatungen agiert. Bei vielen Dingen, die der Oberbürgermeister gerade genannt hat, kann er ihm zustimmen. Aber das, wofür er Oberbürgermeister für die Sangerhäuser Bürgerinnen und Bürger ist, nämlich die Einnahmeseite in Bezug auf die Landes- und Bundesmittel zu argumentieren, dass die etwas besser werden, das fehlt hier. In den nächsten Jahr werden wir hier genauso wieder dastehen, wie in diesem Jahr und die letzten 10 Jahre, es wird sich nichts ändern. Das hat nichts mit Parteimitgliedschaft zu tun oder so etwas, es geht darum, dass der OB nicht ausschließlich CDU-Mitglied ist, sondern für die Stadt in Bezug auf Land und Bund dafür zu sorgen hat, dass die Gelder fließen bzw. die Anträge gestellt werden. Das sieht Herr Hüttel in den Ausführungen des OB überhaupt nicht.

Herr Poschmann antwortete, dass es das FAG gibt, das ist nicht so wie wir uns das alle wünschen. Gerade die Kommunalen Spitzenverbände haben da interveniert und haben gesagt, dass ist nicht gerecht, das wird diesem Spareffekt, dem eigenen Konsolidierungswillen der Kommunen, nicht gerecht. Es gibt dazu sicherlich eine unterschiedliche Betrachtung von allen Ebenen, aber im Gesetzgebungsverfahren haben sich die Kommunen artikuliert. Es gab eine Entscheidung des Gesetzgebers darüber, die ist beschlossen worden und daher hat der OB keine Möglichkeiten Anträge zu stellen, mehr Geld zu bekommen. Das gelingt natürlich nicht. Es kann nur politisch darauf eingewirkt werden über die Ebenen,

dass sich der Gesetzgeber ein Gesetz in der Fortschreibung des FAG einfallen lässt, was den Konsolidierungsbemühungen der Kommunen mehr entgegen kommt. Nicht das Land spart, wenn die Stadt bei uns eine Verteilung nimmt, sondern das bekommen dann andere Städte unter Umständen und das ist der Effekt dabei, dass das sozusagen ein Verteilgesetz ist das FAG. Es wird verteilt zwischen den kommunalen Ebenen, zwischen den kreisfreien Städten, zwischen den Kreisen und den kreisangehörigen Gemeinden, zu denen die Stadt Sangerhausen zählt. Das sind die drei Gruppierungen, unter denen es verteilt wird. Das das alles schwer zu verwalten ist, das schwer zu verstehen ist, kann er nachvollziehen, aber er lässt sich nicht anhängen, dass er sich nicht für die Kommunalfinanzierung einsetzt, auch wenn er nicht jeden Tag in der Zeitung steht und Kritik an Landesregierung und sonstigen äußere.

Herr Koch meinte, dass wir uns in dem Spannungsfeld zwischen der Kernverwaltung, die einen ordentlichen Haushalt mit Konsolidierungsprogramm abgeben möchte, um letztendlich auch die Sicherheit zu geben, dass die Stadt wohlwollend beim Antragsstellen auf Bedarfszuweisungen und Fördermittel dasteht. Doch es gibt zunehmend Widerstand aus dem Stadtrat heraus, diese ganze Entwicklung nicht mehr mitzutragen. Herr Peche hat sie genannt als eine Entwicklung in eine Sackgasse, da kann er sich voll anschließen, Vergeblichkeitsfalle kann man auch sagen. Die Frage ist doch, was bezwecken wir oder würden wir bezwecken, wenn wir mehrheitlich diesen Haushalt ablehnen würden. Hier war heute auch die Frage, ob damit die Gefährdung von Einrichtungen einhergeht, ob die geschlossen werden müssen. Vorläufige Haushaltsführung, hat es in den letzten 25 Jahren schon gegeben im Osten Deutschlands und auch im Westen vorher schon. Das ist nicht der Untergang. Ein paar Sachen hat er sich als Notiz festgehalten, auf die er eingehen möchte.

Herr Schröder hat angekündigt, dass seine Fraktion in Zukunft Schwerpunkt legt auf Einnahmenverbesserung vor Kürzung. Was heißt das Einnahmenverbesserung. Meint er damit, dass mehr Schlüsselzuweisungen herangefordert werden und auch organisiert werden oder heißt das, und das nimmt er an, wird er gemeint haben damit, dass darüber nachgedacht werden soll, die Steuern weiter zu erhöhen. Gebühren für unsere Einwohner und Einwohnerinnen, das wäre genau der falsche Weg und das lehnt er und sicher auch viele hier im Stadtrat ab.

Klammergriff zwischen Kreisumlage und Senkung bzw. Rückgang der Einwohnerzahl. Ein gutes Stichwort Kreisumlage; die belastet ja alle Kommunen und er ist auch im Kreistag und er kann auch schon andeuten, dass die finanzielle Situation des Landkreises sich in nächster Zeit nicht verbessern wird, sie wird sich eher verschlechtern. D. h., er braucht auch mehr Einnahmen und wird letztendes auf die Kommunen zugehen. Er selbst hat schon einmal gesagt, einzelne Kommunen sollten sich langsam mal überlegen, hinsichtlich der Berechnung der Kreisumlage mal juristisch vorzugehen. Die kann man überprüfen lassen, um hier auch ein bisschen Spielraum zu schaffen. Herr Hüttl hat ja zumindest den OB gefragt und er hat ja auch ein paar Ausführungen gemacht, ein paar politische. Er fragt nun ganz konkret, was hat der OB mit seiner Verwaltung und er insbesondere als politischer Träger konkret unternommen, z. B. über den Städte- und Gemeindebund, Initiativen zu starten bzw. Briefe auch an die Landtagsfraktion der CDU und der SPD zu schreiben, um auf die wirklich katastrophale Situation seiner Stadt insbesondere der finanziellen Situation aufmerksam zu machen. Und er wünscht sich eins, dass zu Beginn aller Lageberichte zukünftig kurz auf den Haushalt eingegangen wird auf die wirklichen Ursachen, die dahinter stecken. Dass nämlich bundespolitisch und landespolitisch keine gerechte Verteilung der finanziellen Mittel mehr erfolgt und dass das eine verhängnisvolle Entwicklung ist. Er persönlich wird dem Haushalt nicht zustimmen, weil er meint, dass es verhängnisvoll wäre, diese Entwicklung weiter zu unterstützen, die in die Sackgasse führt, in die Katastrophe und Herr Kemesies hat ja aus Versehen einen Begriff genannt und wenn das so weiter geht, brauchen wir keine Liquiditätshilfe mehr, dann können wir Liquidationshilfen beantragen. D. h. was können wir noch umsetzen, um letztendlich finanzielle Mittel zu erwirtschaften. Also die Stadt muss mehr auf die Situation aufmerksam machen, dazu zählt er auch, nein zu sagen.

Herr Poschmann möchte auf die Frage von Herrn Koch antworten, was habe er unternommen. Er denkt, dass er im Rahmen seiner Möglichkeiten sowohl auf landespolitischer Ebene aktiv geworden ist, in dem er z. B. im Rahmen des Städte- und Gemeindebundes diese ganzen Prozesse mitgestaltet hat. Jede Resolution, jede Stellungnahme, die der Städte- und Gemeindebund abgegeben hat, trägt de facto auch seine Unterschrift. Auf dem Domplatz in Magdeburg ist er selbst dabei gewesen. Er steckt nicht die Trillerpfeife in den Mund, das ist nicht sein Stil. Aber er führt Gespräche, in der Hoffnung, dass die Probleme der Stadt Sangerhausen auch erkannt werden dabei. Natürlich ist das auch ein Geben und Nehmen an dieser Stelle. Manch einem mag er vielleicht zu still sein, das kann durchaus sein, aber er glaubt, das man auf diese Art und Weise für die Stadt mehr erreicht als mit der Trillerpfeife im Mund.

Herr Windolph möchte an der Stelle deutlich machen, was vorläufige Haushaltsführung ist und heißt. Er möchte daran erinnern, dass vorläufige Haushaltsführung nur Beschäftigung der Verwaltung untereinander nach sich zieht. D. h., jede Ausgabe, die vom Fachamt an die Kämmerei herangetragen wird, Rückfrage zurück, ist es unabweisbar, Antwort wieder an die Kämmerei hin und her. Das ist vorläufige Haushaltsführung. Dass dabei im Ergebnis, außer in Bewegung bleiben der Verwaltung, nichts bei raus kommt, nichts rüber kommt und auch nichts passiert in diesem Jahr, ist im Ergebnis schon mehrmals getestet worden und das hat die Stadt mehrmals erlebt. Viele die hier sitzen, kennen das aus vergangenen Jahren und wer das möchte, der muss sich dann selber fragen und fragen lassen, was haben wir für unsere Stadt und für unsere Bürger getan. Er denkt an der Stelle sollte man ganz ehrlich sein, die geringen Spielräume, die da sind, sollte man auch gemeinsam nutzen. Das ist das wichtigste. Ein ganz anderer Punkt. In der Klausurtagung im Herbst des vorigen Jahres, in der Dezembersitzung, in der 1. Sitzung dieses Jahres und jetzt in der 2. Sitzung und damit auch in der 2. Lesung, hatten alle genügend Gelegenheiten, darüber zu diskutieren, wo beispielsweise neue Potentiale gesehen werden, wo Gelder einzunehmen oder Einsparungen zu machen sind. D. h. bis heute ist nur gering irgendwo etwas gekommen. Nochmals Dank an die Kämmerei für die Arbeit.

Man kann den ganzen Tag lang über andere schimpfen, man kann Forderungen aufmachen nach Dingen, die da alle wünschenswert sind, wenn es nur einen Millimeter unserer Situation ändern würde. Aber das bringt an dieser Stelle nichts.

Herr Schröder muss noch mal antworten, auf die Wortmeldungen von Herrn Hüttel und Herrn Koch. Wesen des Kommunalen Finanzausgleichsgesetz ist auszugleichen, wenn eigene Einnahmen für die Aufgabenerfüllung nicht ausreichen. Man kann diesen Fehler des FAG's kritisieren, dann kritisiert man aber das System des FAG und darf nicht in die Opferrolle böswilliger Landes- und Bundespolitiker schlüpfen. Es wird weiterhin immer negiert, dass obwohl jeder 3. Euro aus dem Landeshaushalt in die Kommune fließt, dass davon nur die Hälfte etwa 1,5 Mrd. € über das FAG verteilt wird. Auch die Kreisstadt Sangerhausen war über dieses Teilentschuldungsprogramm STARK II mit 1,6 Mio. und über die Bedarfszuweisungen in Höhe von 5,8 Mio. € Nutznießer solidarischer Maßnahmen, die ebenfalls aus dem Landeshaushalt geflossen sind. Das darf in der Diskussion einfach nicht fehlen. Dass die Frau Landrätin Klein sich darüber kritisch geäußert hat, dass der Kreis mit einem großen Defizit abschließt, war vor den Haushaltsberatungen im Landtag von Sachsen-Anhalt bevor Bürgermeister, so wie der OB von Sangerhausen, demonstriert haben und bevor der Landtag mit den Mehrheitsstimmen der Koalition im kommunalen Finanzausgleich Verbesserungen erreicht hat, zugegebenermaßen gegenüber dem Regierungsentwurf, aber immerhin musste das Geld ja im Landeshaushalt beschafft werden, von ca. 80 Mio. € sowohl in 2015 als auch in 2016, es ist ja ein Doppelhaushalt. 80 Mio Verbesserungen gegenüber dem Regierungsentwurf nicht gegenüber dem Jahresvorstand.

Dass es mehr Spaß macht Kommunalpolitik zu betreiben, wenn man mehr Geld verteilen kann, ist klar. Dass Kommunale Selbstverwaltung mit Haushaltskonsolidierung nicht in Übereinstimmung zu bringen ist, hält er für falsch. Viele Vorredner haben das auch noch mal deutlich gesagt. Die Tabelle, die absoluten Summen und die Zuweisungsrückgänge, jetzt sind wir wieder beim FAG, und nicht darüber hinaus, das kann man ja entnehmen, und auch die Einwohnerentwicklung der letzten Jahre ist bekannt, hier sieht man, dass von 2014 zu 2015 die Rückgänge wie ausgewiesen, wie dargestellt, zurückgegangen sind gegenüber 2012 bzw. 2013/14 die Erhöhungen der allgemeinen Zuweisungen aus dem

Landeshaushalt hier aber hinten runter fallen. Wenn man in den letzten fünf Jahren die Pro-Kopf-Zuweisung ansieht, hat diese aus den allgemeinen Zuweisungen des Landes 342,00 € pro Einwohner betragen. Diese Summe ist unverändert. Die Pro-Kopf-Summe auf der Auftragskostenpauschalenseite hat sich pro Einwohner verteilt, um 10,00 € erhöht. Das kann man aus dem, was zugeteilt worden ist, errechnen. Es soll nicht schönfärberisch dargestellt werden, weil es nicht die strukturellen Probleme löst. Die strukturellen Probleme, die die Stadt hat, liegen an den Verteilmechanismen innerhalb der kommunalen Familie, vor allen Dingen aber an der demografischen Entwicklung. Die Kommune hat Verwaltungsleistungen vorzuhalten, die zwar nach Einwohner zugemessen werden, die aber unabhängig von der Einwohnerzahl trotzdem Verwaltungskraft binden. und dieses strukturelle Problem muss bewältigt werden und man sollte sich nicht ständig in die Opferrolle versetzen. Mit einem Verzicht auf einen Haushalt, haushaltsbewirtschaftende Maßnahmen, auch Haushaltssperren sind etwas anderes als vorläufige Haushaltsführung. Mit einer vorläufigen Haushaltsführung macht man es sich unnötig schwerer, die Gestaltungsziele einzulösen, die eingelöst werden sollen. Deswegen ist der Rest an Handlungsfähigkeit nur mit einem beschlossenen Haushalt möglich.

Herr Schröder weist auch zurück, dass die CDU weitere Erhöhungen fordert. Die Fraktion ist der Meinung, dass bei den kostenrechnenden Einrichtungen z. B. Friedhofsgebühren, Elternbeiträge für die Kinderbetreuung, muss darüber geredet werden, inwieweit die normale Teuerungsrate, die normalen Preissteigerungen der letzten Jahre, was Sangerhausen ja nicht getan hat, angepasst werden muss; mit Augenmaß und sozialverträglich, ohne dass die Obergrenze des Gesetzes erreicht werden muss. Aber darüber muss geredet werden. Wie kann man die Waldbewirtschaftung effektiver machen, was wird über die Energieumstellung erreicht (LED-Umstellung), Gewinnabführung der kommunalen Gesellschaften, natürlich kein Verkauf. Solange die Gesellschaften Gewinne machen, wie weit kann man gehen, ohne dass es Liquiditätsprobleme in den Gesellschaften gibt. Das ist ein ständiger Auslotungsprozess, natürlich wird der weitergehen und vor allen Dingen die Wirtschaftsentwicklung, die wichtig ist und deswegen auch entsprechende Infrastrukturprojekte, nicht zuletzt vom Land gefördert, weiter voranzubringen und das macht in der Summe etwas aus, was kommunale Selbstverwaltung so wichtig macht, nicht nur in Schönwetterzeiten, sondern auch wenn es mal schwierig ist, seine Arbeit zu machen und nicht zu demonstrieren und nicht zu verweigern, sondern handlungsfähig zu bleiben.

Herr Koch nimmt sich auch nur das Recht raus zweimal zu sprechen, wie Herr Schröder auch und er muss auch noch einmal antworten. Wenn er den Zeitraum 2011 bis heute nimmt und eine positive Entwicklung, eine leichte Steigerung der Schlüsselzuweisungen und der kommunalen Finanzen anführt, kann er nur sagen, dass er schon seit 1990 im Landkreis Kämmerer und Finanzdezernent war und er kann Zahlen nennen, wie hoch damals die Schlüsselzuweisungen waren und dass die Investitionspauschale im Landkreis pro Jahr auf 23 Mio. DM gekommen ist. Man muss sich mal vorstellen, was das heute bedeuten würde. Die Ursache die liegt vor 2011 und er wünscht, dass man sich das immer wieder ins Gedächtnis zurückruft. Sich hier vor Ort rumzuprügeln ist das falsche Signal, die Auswirkungen müssen ausgehalten werden. Die Schröder-Regierung hat damals im Jahre 2004 die Steuern gesenkt, also Rot-Grün, Spitzensteuersatzreduzierung über 10 %, Körperschaftssteuer etc., was pro Jahr über 120 Mrd. ausgemacht hat. Wenn das Geld heute zur Verfügung stünde, sehe die Situation ganz anders aus. Man kann hier nichts positiv reden, was negativ ist, das ist die Auseinandersetzung, die auch hier geführt werden muss, Haushaltsdiskussionen sind auch politische Diskussionen. Er wünscht sich, und das möchte er auch nochmals betonen, dass das in jedem Lagebericht und Vorbericht des Haushaltes genannt wird.

Herr Skrypek gab den Hinweis, dass sich hier keiner das Recht rausnehmen muss zu reden, hier darf jeder reden, solange der Vorsitzende das Wort erteilt.

Geschäftsordnungsantrag

Frau Liesong beantragt die Beendigung der Rednerliste. Sie meint, dass genug Worte gewechselt sind.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	2
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag bestätigt und die Diskussion beendet.

Abstimmung über die 2 Anträge der BOS-Fraktion

Abstimmung über den 1. Antrag

Streichung von nichtbesetzten Stellen im Bauhof im Stellenplan

Ja-Stimmen	=	6
Nein-Stimmen	=	24
Stimmenenthaltungen	=	3

Damit ist der Antrag auf Streichung von nichtbesetzten Stellen im Bauhof abgelehnt.

Der 2. Antrag - Übernahme Sperrvermerk über die 100.000,00 € für den Bauhof - wird von der Verwaltung übernommen

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt nach öffentlicher Beratung die Haushaltssatzung für das Jahr 2015 wie folgt:

1. Haushaltssatzung der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2015

Aufgrund des § 100 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) hat die Stadt Sangerhausen die folgende, vom Stadtrat in der Sitzung am 05.03.2015 beschlossene Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie einhergehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

1. im Ergebnisplan mit dem

a) Gesamtbetrag der Erträge auf	39.577.900 Euro
b) Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	40.986.300 Euro

2. im Finanzplan mit dem

a) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	37.061.400 Euro
b) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	40.102.900 Euro
c) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	3.868.300 Euro
d) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	3.868.300 Euro
e) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro

f) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf 1.578.800 Euro festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag für Verpflichtungsermächtigungen wird auf 1.499.100 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird auf 28.000.000 Euro festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) auf 400 v. H.

1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 400 v. H.

2. Gewerbesteuer auf 400 v. H.

§ 6

Über – und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 105 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sind erheblich, wenn sie im Einzelfall folgende Wertgrenzen übersteigen:

a) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen beschließt der Stadtrat nur, wenn sie den Betrag von 25.000,00 Euro übersteigen.

b) Der Hauptausschuss beschließt über über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, wenn sie den Wert von 10.000,00 Euro übersteigen bis zu einem Wert von 25.000,00 Euro.

c) Die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bis 10.000,00 Euro wird auf den Oberbürgermeister übertragen.

Sangerhausen, den 05.03.2015

(Unterschrift Oberbürgermeister)

(Siegel)

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Jahr 2015 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Haushaltsplan mit seinen Anlagen liegt nach § 102 Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zur Einsichtnahme vom bis im Rathaus, Zimmer 219 zu den nachstehend aufgeführten Zeiten öffentlich aus:

Montag, Mittwoch und Donnerstag	09.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 15.30 Uhr
Dienstag	09.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Freitag	09.00 Uhr bis 12.00 Uhr

Die nach § 108 Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt erforderliche Genehmigung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite wurde durch den Landkreis Mansfeld – Südharz am unter dem Aktenzeichen erteilt.

Sangerhausen, den

(Unterschrift Oberbürgermeister)

(Siegel)

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	19
Nein-Stimmen	=	8
Stimmenenthaltungen	=	6

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-7/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

7.2 7. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Jahre 2010 bis 2019

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen zu

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen zu.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen zu.

Schul- und Sozialausschuss, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 1 Ja-Stimme und 1 Nein-Stimme, ab.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 2 Ja-Stimmen zu.

Die Räte von 6 Ortschaften stimmten der Beschlussvorlage zu,
 5 Ortschaften lehnten ab,
 2 Ortschaften enthielten sich und
 1 Ortschaft nahm keine Abstimmung vor.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt nach 2. Lesung die in der Anlage beigefügte 7. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Jahre 2010 bis 2019.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	19
Nein-Stimmen	=	9
Stimmenenthaltungen	=	5

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-7/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

Pause von 18:30 bis 18:45 Uhr

18:30 Uhr
 Herr Oster geht = 32

18:30 Uhr
 Frau Rödiger geht = 31

7.3 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 29.295,11 € für die Umlage an den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt bezüglich Haushaltsjahres 2014 (Produkt 11125100, Sachkonto 51510000)

Begründung: Herr Poschmann.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt den überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 29.295,11 € für die Umlage an den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt zu (Produkt 11125100 - Rechnungsprüfung, Sachkonto 51510000 - Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger). Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 53810100 - Abwasserbeseitigung, Sachkonto 53130000 - Zuweisungen an Zweckverbände.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-7/15** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

7.4 Mitgliedschaft der Stadt Sangerhausen im Gewerbe-Verein Sangerhausen e.V.

Herr Poschmann hat vorgeschlagen, dass die Stadt Sangerhausen ordentliches Mitglied im Gewerbeverein werden sollte. Die Satzung dazu ist den Unterlagen beigelegt. Diese Mitgliedschaft soll unter einer Bedingung erfolgen, nämlich dass der Gewerbeverein seine Satzung etwas korrigiert, was auch schon besprochen wurde. Die Stadt will sich in ihrer Tätigkeit im Gewerbeverein auf das urbane Zentrum der Stadt konzentrieren, um das Zentrum zu stärken, denn in der Innenstadt ist schon ein großer Leerstand zu verzeichnen. Auch die Rosenstadt soll mit eingebracht werden, um eine engere Zusammenarbeit zwischen Rosarium und der Kernstadt zu erreichen.

Man kann die Mitgliedschaft als freiwillige Aufgabe sehen, aber aus Sicht des OB ist es ein Konsolidierungsansatz, denn wenn sich die Stadt nicht einmischt, wird sie in Zukunft weniger Einnahmen an anderen Stellen haben. Mit 300 € kann man nicht viel bewirken, deshalb steht im Text, dass mehr gebraucht wird. Es ist nicht vergleichbar mit anderen Vereinen, z. B. Heimatverein, Sportverein, hier geht es um eine substantielle Mitgliedschaft in einem Verein, der sich um das Kerngebiet der Altstadt kümmert bzgl. der gewerblichen Wahrnehmung. Es ist auch kein gemeinnütziger Verein. Die Stadt will sich einbringen, damit auch ihre Einnahmen dauerhaft gesichert sind. Die Stadt ist auch Mitglied in anderen Vereinen, die ebenfalls nicht gemeinnützig sind. Aus dem Bereich Wifö soll Verwaltungskraft in die Arbeit gesteckt werden. Da sind die Kontakte schon geknüpft.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peché, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zu.

Stellungnahme des Schul- und Sozialausschuss, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Herr Mrozik möchte erstens wissen, ob die Änderungen für die Satzung bereits vorliegen oder ob die erst noch eingearbeitet werden müssen? Und zweitens sieht die BOS Interessenkonflikte mit anderen Gebieten der Stadt und Ortsteilen, ist das so? Wie will der OB den Unternehmen gegenüber treten, wo die Aktivitäten des Vereins mit den urbanen Zentrum kollidieren. Dass es freiwillige Aufgabe ist, hat der OB schon beantwortet.

Herr Poschmann sagte, dass die Satzung noch nicht angepasst ist. Die Stadt hat noch keinen Vorschlag gemacht, da mit dem Verein gemeinsam ausformuliert werden soll. Das Ziel ist beschrieben, ein Satzungsvorschlag macht jetzt keinen Sinn.

Weiterhin sieht er keinen Interessenkonflikt; er sieht auch nicht, dass die Stadt gespalten ist. Er sieht ganz deutlich, dass ein Gewerbegebiet nach ganz anderen Regeln tickt, als eine Innenstadt. In der Innenstadt muss man diese Werbegemeinschaft zusammenschweißen, die ist nicht von sich aus da.

Wenn man es mit einem Center beschreibt, kann man sagen, dass es dort anders geregelt wird. Da regelt man das Werbebudget über die Mietverträge bereits mit, das Center-Management wird da mit finanziert. In einer kleingliedrigen Innenstadt gelingt das nicht; man muss aber sagen, ohne eine attraktive Innenstadt wird es auch keine attraktiven Gewerbegebiete ringsum geben. Man muss aufpassen, dass die Gewerbegebiete, die ringsum sind, nicht die Innenstadt erdrücken; das gehört auch dazu.

Er sieht keine Konkurrenz zum Gewerbegebiet Ost, es muss die Abwägung sauber in den B-Plänen hinbekommen werden. Dass etwas in diesen großen Gewerbegebieten funktioniert, ist in der Innenstadt bedeutend schwieriger, da muss man sich kümmern.

Herr Mrozik sagte, dass er mit Interessenkonflikt die Geschichte meint, dass wir eine öffentliche Einrichtung sind und es geht nicht darum, ob Ost oder West oder Süd; es geht darum, wenn die Stadt Mitglied in einem Verein wird, der einen gewissen Rahmen umschreibt und die Stadt ist stimmberechtigt darin, und wird über etwas abgestimmt, was andere vielleicht in Nachteil versetzt. Wie reagiert die Verwaltung, wenn woanders etwas entstehen soll, was auch in der Innenstadt entstehen soll?

Herr Poschmann sagte, dass, wenn der Bedarf in einem Gewerbegebiet dafür gegeben ist, dass sich die Stadt auch da einmisch, dann sollte man das auch tun. Bei allen Entscheidungen will die Stadt die Gewerbegebiete auch im Blick haben, denn die sind B-Plan-mäßig festgesetzt und da ist die Stadt genauso verantwortlich, aber die ticken nach anderen Maßstäben. Hier ist ein Großer, der die anderen mitzieht. In der Innenstadt überwiegt die Kleinteiligkeit.

Beschlusstext:

1. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die ordentliche Mitgliedschaft der Stadt Sangerhausen im Gewerbe-Verein Sangerhausen e.V zu beantragen.

2. Voraussetzung für die Beantragung der Mitgliedschaft ist die Änderung des Zwecks und der Aufgaben des Vereins. Der Verein soll sich auf die Steigerung der Leistungsfähigkeit des urbanen Zentrums der Stadt Sangerhausen als qualifiziertes Einkaufs- und Dienstleistungszentrum fokussieren .

3. Der Oberbürgermeister wird ferner ermächtigt, die Aufgaben des Vereins mit seiner Verwaltung zu unterstützen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	21
Nein-Stimmen	=	8
Stimmenenthaltungen	=	2

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-7/15** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

7.5 Schließung des Freibades Kunstteich Wettelrode zum 01.04.2015 - nach Widerspruch des Oberbürgermeisters zum abgelehnten Schließungsbeschluss vom 29.01.2015 (Beschluss Nr. 2-6/15)

Herr Poschmann will zur Beschlussvorlage nicht noch einmal etwas sagen, sondern nur zum Widerspruch, denn es steht ja die gleiche Beschlussvorlage zur Abstimmung an, wie sie schon einmal auf der Tagesordnung stand. Er hat das Recht an dieser Stelle Widerspruch einzulegen, nicht die Pflicht. Er hat es gemacht, weil er den Beschluss als nachteilig für die Stadt sieht. Es geht um Haushaltskonsolidierung, 20.000,00 €, da könnte man sagen, das ist ja nicht viel. Aber umgedreht sagt er, dass 20.000,00 € viel sind für das, was an dieser Stelle aufgegeben wird. Es wird eine eingeschränkte Badebetreuung aufgegeben, die auf wenige Stunden in der Hauptbadezeit begrenzt ist und deshalb ist es ein Argument, was vielleicht in der 1. Diskussion noch nicht vollumfänglich bewertet wurde. Das zweite Argument ist, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung immer gesagt wurde, dass eigentlich zwei Freibäder geschlossen werden müssten. Es wurden jetzt Möglichkeiten gefunden, im Gesamtpaket drei Bäder an Vereine zur Betreuung zu geben, da gibt es auch Geld dazu. Und der dritte Aspekt ist die Einstellung des öffentlichen Badebetriebes am Kunstteich. Die Diskussion darüber ging aus Sicht des OB manchmal in die falsche Richtung. Da wurde sehr intensiv diskutiert, ob der Teich eingezäunt wird oder nicht. Kein Mensch wollte das machen. Wird das Baden verboten? war eine unglückliche Formulierung in der Vorlage. Dazu wurde Stellung genommen und es wurde korrigiert.

Es wurde nachgefragt, wie es weiter geht mit der Toilettenbetrieung. Mit dem Betreiber des Cafes am Kunstteich wurde bereits eine Vereinbarung getroffen, das er sich um die öffentlichen Toiletten dort kümmert. Damit kann die Grundvoraussetzung dafür geschaffen, dass das Gelände drum herum auch weiterhin touristisch genutzt werden kann. Das kann weiterentwickelt werden, auch ohne öffentlichen Badebetrieb. Es gilt der Grundsatz in Deutschland, was nicht verboten ist, ist erlaubt. Die Stadt beabsichtigt auch nicht, Schilder des Badeverbots dort aufzustellen. Das Augenmerk soll besser auf die Verschönerung des Gebietes gerichtet werden. Ca. 7.000,00 € sollen eingesetzt werden, um

weiterhin mit Bauhof und auch mit Ordnungsamt dort präsent zu sein, und genau dann, wenn früher die Schwimmmeister auch nicht mehr da gewesen sind. Das ist so mit dem Betreiber des Cafes besprochen. Weiterhin wurde ausgeführt, dass der Ortschaftsrat Wettelrode sehr lange darüber diskutiert hat und in Abwägung aller Gründe, sind die Ortschaftsratsmitglieder zu dem Schluss gekommen, dass sie diesem Beschluss zustimmen. In der letzten Sitzung hat sich der Ortschaftsrat nicht noch einmal mit der Vorlage befasst, da die Entscheidung feststeht.

Herr Poschmann hat den Widerspruch eingelegt, weil er der Auffassung ist, die Entscheidung ist nachteilig für die Stadt, es ist kein Rechtsverstoß. Wenn heute entschieden wird, wird abschließend darüber entschieden.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmt der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen ab..

Schul- und Sozialausschuss, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimme und 3 Nein-Stimme ab.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen zu

Stellungnahme des Ortschaftsrates Wettelrode

Der Ortschaftsrat stellte fest, dass es keine neuen sachlichen Erkenntnisse zur Schließung des Freibades am Kunstteich Wettelrode gibt. Sie stellen erneut fest, dass die Schließung als vertretbares Mittel zur Konsolidierung mit geringen Einschränkungen für die Einwohner der Ortschaft einzuschätzen ist. Sie verweisen einstimmig auf den Beschluss in der 5. Ortschaftsratssitzung vom 21.1.2015 und sehen keinen erneuten Abstimmungsbedarf.

Herr Thiele, Ortsbürgermeister Wettelrode, hat die Diskussion schon länger verfolgt, hat im Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung gelesen, dass der Kunstteich geschlossen werden sollte und hat sich dazu auch geäußert. Grundsätzlich wurde sich dann in der Ortschaft dazu verständigt, dass die Einbindung des Ortschaftsrates nicht zeitig genug erfolgte und wie die öffentliche Meinung dargestellt wurde, das fand der Ortschaftsrat nicht in Ordnung. Die Verwaltung wurde vom Ortschaftsrat getadelt und nachdem die Differenzen ausgelotet wurden, hat man sich zusammengesetzt und intensiv darüber diskutiert. Es wurde auch die Möglichkeit genutzt mit den Bürgern und Anwohnern in Wettelrode zu sprechen und fast alle waren der Meinung, dass sie seit Jahren keinen Rettungsschwimmer brauchen. Kinder die dort hinter gehen, können grundsätzlich nur mit ihren Eltern hingehen und die, die Baden gehen wollten, sind

meistens nach 17.00 Uhr hingegangen und da war keiner mehr da von den Bademeistern. Was kritisch angemerkt wurde, war diese Schließung, der Aufbau eines Zauns und keiner kann mehr dort baden gehen; dagegen haben wir uns gewehrt. Und weiter war das Problem Vandalismus und Vermüllung. Der Ortschaft wurde mitgeteilt, das wird in den nächsten Jahren so bleiben, dass der Bauhof Kontrollen durchführt und aufräumt; es soll sogar noch verschönert werden. Nach dieser Diskussion hatten der Ortschaftsrat vorgeschlagen, dass der Stadtrat die Schließung des öffentlichen Badebetriebes am Badestrand Kunstteich vorerst für die Badesaison 2015 beschließen solle. Dann sollte zum Jahresende noch mal zusammengesetzt werden, um zu diskutieren, wie das angenommen wurde. Die Ortschaft Wettelrode wollte nur einen Beitrag leisten für die Konsolidierung. Der Kunstteich wird weiter bestehen bleiben, das Baden wird weiter bestehen bleiben und vor der öffentlichen Betreuung war es viele Jahre auch schon ohne Schwimmmeister und es hat funktioniert. Und deswegen gab es die Entscheidung vom Ortschaftsrat, in Vertretung mit den Anwohnern, dass dieser Schließung des öffentlichen Badebetriebes zugestimmt wird. Weiter muss man sagen, der Kunstteich liegt in der Gemarkung Wettelrode, aber die Orte Lengefeld, Morungen, Großleinungen sind genauso betroffen, denn die haben den Kunstteich auch genutzt. Wieso wurden die denn nicht gefragt? Sangerhausen könnte man auch dazunehmen. Die Nutzung des Kunstteiches wird sicherlich auch in den nächsten Jahren bleiben, ob mit oder ohne Bademeister, das ist eigentlich egal.

Frau Liesong meinte, dass der Vorredner schon Recht hat, dass der Kunstteich nicht austrocknet und auch gebadet wird dort immer, das ist klar. Aber er hat auch erhärtet, warum das letzte Mal gegen die Schließung gestimmt wurde. Er sagt jetzt, dass Großleinungen, Lengefeld, Morungen alle genauso nah dran, warum sind die nicht gefragt wurden. Das ist ein Aspekt der hier nicht bedacht wurde. Kunstteich steht immer im Zusammenhang mit Wettelrode.

In der letzten Ratssitzung wurde dafür plädiert, für ein Jahr erst mal diese Vorlage Wettelrode zurückzuziehen, das war aber leider nicht durchgekommen und deshalb wurde für die Schließung plädiert. In der Zwischenzeit sind Unterlagen zugegangen, die wir damals noch nicht hatten. Einzelkonzepte für Kinder, da kommt ein Einzelkonzept Sportstätten und Bäder und da steht Freibad Wippra, hoher Sanierungsbedarf, Investitionen am Schwimmbecken. Freibad Wolfsberg: hoher Sanierungsbedarf an der Schwimmbadtechnik, am Schwimmmeistergebäude, Kosten für Wasserentnahme und Wassereinleitung sind zu erwarten und Neuanschaffung Instandsetzung der Einfriedung ist notwendig. Etwas billiger scheint es in Grillenberg zu werden. Wo keine Kosten entstehen oder keine kurzfristigen Investitionen notwendig sind, ist Wettelrode. Sie möchte nach wie vor plädieren, dass Wettelrode nicht dicht gemacht wird, da nicht abzusehen ist, was an Kosten auf die Stadt zukommt. Es kann passieren, dass die Kosten alles übersteigt und es werden noch zwei Bäder dicht gemacht und dann sind drei Bäder dicht. Wenn erst einmal dicht gemacht wurde, kriegt es die Stadt nie wieder geöffnet. Jetzt genießt es als Bad Bestandsschutz. Wenn es neu aufgemacht werden soll, kriegt die Stadt derart viele Auflagen, das wird man nicht wieder hinbekommen. Aus dem Grund ist sie nach wie vor dafür, in einem Jahr noch mal darüber zu reden, aber jetzt erst mal weiter betreiben.

Herr Poschmann beantwortete die Frage, warum nur Behandlung in Wettelrode damit, da Beschlussvorlagen bisher immer in den Ortschaften besprochen wurdejn, die das Objekt eingebracht haben in die gemeinsame Stadt. Die anderen Ortschaften hätten auch die Möglichkeit gehabt, das ganze zu besprechen. Die Beschlussvorlage wird jetzt im Stadtrat besprochen, weil es hier auch alle betrifft. Wettelrode hat natürlich keinen Investitionsbedarf in Größenordnungen. Es ist ein Naturbad. Und das steht auch schon im Bäderkonzept drin, nicht erst jetzt in den Einzelkonzepten. Die Verwaltung weis auch, wenn größere Investitionen notwendig sind, um die drei kleineren Bäder zu betreiben, dann muss man sich darüber verständigen. Kein Verein wird größere Investitionen aus dem Portmonee heraus bezahlen können von den Mitteln, die durch die Stadt zur Verfügung gestellt werden. Wenn Technik kaputt geht, dann muss man sich darüber verständigen.

Herr Koch hat aus den Äußerungen von Herrn Thiele eine relevante Information entnommen. Seine Darstellungen haben das ganze noch ein bisschen weiter erklärt, denn er hat gesagt, dass der Ortschaftsrat Wettelrode eigentlich vorgeschlagen hat, erst mal für ein Jahr zu schließen und dann noch einmal neu darüber nachzudenken Ende 2015, ob aufgrund der Erfahrungen, evtl. diesen Schließungsbeschluss wieder zurückzunehmen. Es ärgert ihn, dass diese Information erst durch Herrn Thiele in den Rat hineingekommen ist und nicht durch die Verwaltung.

Herr Poschmann antwortete, dass darüber gesprochen wurde; Herr Michael hat dazu vorgetragen. Er meinte weiter dazu, dass, wenn festgestellt wird, dass das nicht geht, das mehr Probleme auftreten, als jetzt im Moment erwartet werden, muss zum Abschluss der Badesaison erneut geredet werden. Es muss entschieden werden, wie mit dem Bereich des Kunstteich umgegangen wird. Eine kritische Auswertung zu den Bädern wird die Verwaltung vornehmen, spätestens bei der Diskussion des nächsten Haushalts.

Herr Schwarz sagte, dass in der letzten Sitzung die Verlängerung um ein Jahr dargelegt wurde. Der heutige Beschlusstext sagt eindeutig, schließen ja oder nein. Was ihn stört ist die Begründung. Das eine wollen wir tun, das andere wollen wir lassen. Das eine einsparen und das andere wollen wir ausgeben. Das Ordnungsamt soll mehr kontrollieren und der betreute Badebetrieb soll eingestellt werden. Auf der einen Seite werden mehr Kosten aktiviert, um den Vandalismus, die Vermüllung zu kontrollieren und auf der anderen Seite, soll das, was existiert, eingespart werden. Er wird die Beschlussvorlage ablehnen.

Herr Hüttel ist grundsätzlich dafür, dass der Badebetrieb nicht eingestellt wird, es müssen alle Möglichkeiten ausgelotet werden. Warum wird im Vorfeld nicht übernommen, was der Ortschaftsrat Wettelrode in seiner Beschlussempfehlung hat, dass man sich im nächsten Jahr nochmals damit befasst.

Frau Liesong glaubt, dass man es jetzt nicht übernehmen kann. Wenn es einmal zu ist, dann ist zu und bei einer Neueröffnung eines Bades möchte sie nicht wissen, was notwendig ist an bürokratischen Hürden, was notwendig ist, ein Bad neu zu eröffnen. Das wissen wir nicht und das hätte uns im Vorfeld gesagt werden müssen, damit abgestimmt werden kann. Und zu diesen 20 T € Haushaltskonsolidierung, die gespart werden sollen, sind ja nur 13 T €, 7 T € gehen ja weg für den Hausmeisterdienst. Sind es diese 13 T € wirklich wert, dass sich die Stadt so viel vergibt und das Bad nicht noch ein Jahr länger betreibt. Man weiß heute noch nicht, was an Reparaturbedarf bei den anderen zwei Bädern kommt.

Herr Schröder sagte, dass sich die Stadtratsfraktion mit dem Thema beschäftigt hat und der Stadtrat geht heute mit einem Widerspruch um, den der OB eingelegt hatte. Es geht um die Vorlage, wie sie jetzt ist. Als Stadtratsfraktion hat sich die CDU überlegt, was wollen wir eigentlich. Es war klar, dass dort gewandert wird und auch weiterhin gebadet werden kann, es soll Grünpflege stattfinden, es sollen gastronomische Angebote geben, kein Zaun soll drumherum kommen und es soll das naturnahe Baderlebnis gesichert bleiben. Die Frage war, kann man das mit der zur Abstimmung stehenden Vorlage gewährleisten. Und die Antwort darauf ist ja. Darüber hinaus gibt es ein Bäderkonzept. Dann wurde überlegt, ob der Beschluss zum Bäderkonzept passt. Weiterhin war maßgeblich, was sagt der Ortschaftsrat dazu. Dem Votum des Ortschaftsrates sollte man nicht widersprechen. Und die Frage der Konsolidierung ist so, dass die 20 T € der reine Konsolidierungsbetrag sind. Es gibt keine Einschränkungen für die Besucher.

Herr Jung, wenn er das richtig gelesen hat, hat der Beschluss nichts mit dem Bäderkonzept zu tun, vom Inhalt her nicht, denn da steht genau das Gegenteil. Wenn das dieses Jahr geschlossen wird, wird es im nächsten Jahr nicht wieder aufgemacht und dann wird das, was im Bäderkonzept steht, in fünf oder zehn Jahren nicht erreicht werden.

Er ist der Meinung, dass es richtig ist dagegen zu stimmen. Er sieht das Verhältnis nicht, warum das nicht so extrem wichtig ist.

Herr Warnke hat sich bereits in der letzten Sitzung als Befürworter für freies Baden geäußert. Auch für die meisten Menschen ist das so ganz o. k.

Er empfindet den Widerspruch den der Oberbürgermeister hier eingelegt hat, als sehr scharfes Schwert und man sollte dieses nur dann ziehen, wenn es um wichtige Sachen geht. Aber diese 20 T €, die bei anderen Punkten relativ zügig über die Bühne gehen, dass da ein Widerspruch eingelegt wird, das empfindet er als schwierig. Das bringt ihn persönlich in die Situation, dass er eigentlich für das Konzept ist. Er aber Angst hat, dass doch irgendwann eine Schließung kommt. Er nimmt aber nicht an, dass in einem halben Jahr doch das Verbotsschild kommt. Durch den Widerspruch ist ein zweites Mal ein Voting gefordert. Er findet es schade, dass heute nochmals darüber diskutiert wird.

Herr Windolph ging nochmals auf den Grundsatz Widerspruch ein. Er ist berechtigt, wenn ein Nachteil für die Stadt entsteht und diese Einschätzung obliegt dem Oberbürgermeister. Und wenn er einen Nachteil sieht legt er Widerspruch ein.

In der letzten Ratssitzung wurde sich darauf verständigt, das drei Bäder weitergegeben und damit erhalten werden. Dafür sind Betreiberverträge abgeschlossen wurden mit Vereinen, die sich dafür einsetzen werden. Aber auf der anderen Seite müssen diese Bäder auch angenommen und genutzt werden.

Er hat nicht gesehen, dass dem heutigen HH-Plan zugestimmt wurde. Es wird jeder Pfennig gebraucht und es wurde kritisiert, dass jeder Pfennig gebraucht wird und keine Spielräume vorhanden sind. Wenn aber etwas da ist, wo gespart werden kann, dann sollte man das tun.

Frau Rauhut erklärte, dass der Wettelröder Teich eine Talsperre ist, die weder geöffnet noch geschlossen werden kann. Es ist ein Badebetrieb, wie die Wippraer Talsperre auch und da kann man baden oder man lässt es sein. Und im Übrigen werden nicht nur die 20 T € gespart, sondern mindestens an Wippra 15 T € und auch an den anderen Bädern wird gespart. Wippra muss mind. 15 T € aufbringen aus Mitteln des Vereins und aus Spenden von Bürgern, um diesen Badebetrieb weiterzuführen.

Herr Mrozik kann nicht verstehen, dass im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus mit sechs Ja-Stimmen für die Schließung des öffentlichen Badebetriebes gestimmt wurde. Hier im Rat stimmen jetzt ein Teil dieser Ausschussmitglieder dagegen, das findet er als Ausschussvorsitzender nicht sehr produktiv.

Herr Poschmann wünscht sich das Ergebnis, welches in den Ausschüssen erzielt wurde, auch hier im Stadtrat. Aber ein Meinungsbildungsprozess findet ja in den Ausschüssen statt und er zieht vor denen den Hut, die ihre Meinung während einer Beratung auch noch mal ändern. Es ist gut, dass keiner in Ausschüsse rein geht und beratungsressistent ist.

Er wird zukünftig sehr verhalten mit Widersprüchen umgehen. Er hat bisher einmal, weil es rechtmäßig war und jetzt hat er ein zweites Mal Widerspruch eingelegt. Er will dieses Mittel nicht zu oft verwenden. Hier ging es ihm um das Prinzip, denn es geht um 20 T € Haushaltskonsolidierung. Es geht um eine Sache, über die man auch mal diskutieren kann.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Schließung des öffentlichen Badebetriebes am Badestrand des Kunstteiches bei Wettelrode zum 01.04.2015. Die im Eigentum der Stadt Sangerhausen befindliche Fläche am Kunstteich lt. Anlageskizze wird weiterhin öffentlich zugänglich bleiben.

Herr Peche stellte im Namen der Bürgerinitiative Freie Bürger den Antrag auf namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage

Namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage

Herr Ralf Poschmann	Ja
Herr Thomas Klaube	Ja
Herr Udo Lucas	Ja
Frau Regine Römmisch	Ja
Herr Volker Schachtel	Ja
Herr Holger Scholz	Ja
Herr André Schröder	Ja
Herr Andreas Skrypek	Ja
Herr Reinhard Windolph	Ja
Frau Daniela Hahn	Enthaltung
Herr Holger Hüttel	Nein
Herr Harald Koch	Nein
Frau Eva-Maria Kotzur	Nein
Herr Klaus Kotzur	Enthaltung
Frau Christine Kümmel	Ja
Herr Günter Prause	Ja
Frau Karoline Spröte	Ja
Herr Ernst-Hubert Axthelm	Nein
Herr Mike Bösel	Nein
Frau Gesine Liesong	Nein
Frau Käthe Milus	Nein
Herr Klaus Peche	Nein
Herr Jens Warnke	Enthaltung
Herr Siegmar Hecker	Ja
Herr Bert Mrozik	Ja
Frau Monika Rauhut	Ja
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	Ja
Frau Christine Block	Nein
Herr Norbert Jung	Nein
Herr Arndt Kemesies	Ja
Herr Udo Schwarz	Nein

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	17
Nein-Stimmen	=	11
Stimmenenthaltungen	=	3

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-7/15** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

19:35 Uhr
Frau Spröte geht = 30

8. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung

8.1 Einzelkonzepte lt. Verfügung zum Haushalt 2014 (*Anlage wird nachgereicht*)

Die Inforvorlage wurde zur Kenntnis genommen. Derzeit befinden sich die Einzelkonzepte bei der Kommunalaufsicht zur Prüfung.

9. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

9.1 Belastungsvollmacht für den Verkauf des Grundstückes Gemarkung Sangerhausen, Flur 11, Flurstück 413 Wohngebiet "Am Beyernaumburger Weg", B-Plan Nr. 6

9.2 Neuabschluss Gaskonzessionsvertrag für das Gasverteilnetz der Ortschaft Wippra

9.3 Konkretisierung/ Ergänzung Generalmietvertrag Bahnhof

9.4 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz (*ohne Beschlussvorlage*)

10. Informationsvorlage in nichtöffentlicher Sitzung

10.1 Information zum Verkauf der städtischen Objekte Schloßgasse 1 und 3 Gemarkung Sangerhausen, Flur 14, Flurstücke 44/299 und 44/300

10.2 Information

11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Skrypek stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal.

Um 20:15 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

gez. Gabi Hochhäuser
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek
Vorsitzender